

HERMANN BUTZER

Fremdlasten
in der
Sozialversicherung

Jus Publicum

72

Mohr Siebeck

JUS PUBLICUM

Beiträge zum öffentlichen Recht

Band 72



Hermann Butzer

Fremdlasten in der Sozialversicherung

Zugleich ein Beitrag
zu den verfassungsrechtlichen Vorgaben
für die Sozialversicherung

Mohr Siebeck

Hermann Butzer, geboren 1961; 1981–87 Studium der Rechtswissenschaften in Passau, Bonn und München; 1991 Promotion; 1992 zweites juristisches Staatsexamen; seit 1993 wissenschaftlicher Assistent; 1996–1998 Habilitandenstipendium der DFG; 2000 Habilitation; derzeit Privatdozent an der Juristischen Fakultät der Ruhr-Universität Bochum.

Als Habilitationsschrift auf Empfehlung der Juristischen Fakultät der Ruhr-Universität Bochum gedruckt mit Unterstützung der Deutschen Forschungsgemeinschaft.

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Butzer, Hermann:

Fremdlasten in der Sozialversicherung : zugleich ein Beitrag zu den verfassungsrechtlichen Vorgaben für die Sozialversicherung / Hermann Butzer. – 1. Aufl., – Tübingen : Mohr Siebeck, 2001

Jus publicum ; Bd. 72)

ISBN 3-16-147495-3

978-3-16-157972-1 Unveränderte eBook-Ausgabe 2019

© 2001 J.C.B. Mohr (Paul Siebeck) Tübingen.

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Das Buch wurde von Computersatz Staiger in Pfäffingen aus der Garamond-Antiqua gesetzt, von Gulde-Druck in Tübingen auf alterungsbeständiges Werkdruckpapier gedruckt und von der Großbuchbinderei Heinr. Koch in Tübingen gebunden.

ISSN 0941-0503

Vorwort

Kaum eine Diskussion hat die Sozialversicherung in den vergangenen Jahren so sehr in den Mittelpunkt des allgemein-, sozial- und wirtschaftspolitischen Interesses gerückt wie die Diskussion um ihre Fremdlasten. Es gibt wohl keine gesellschaftlich relevante Gruppe, die zu dieser Frage noch nicht Stellung bezogen hätte. Auch die Wissenschaft beschäftigt sich seit langem mit dem Thema – ohne freilich mit ihrer ordnungs- oder verteilungspolitischen Kritik beim Gesetzgeber Gehör zu finden. Bewußt wählt die vorliegende Arbeit deshalb einen verfassungsrechtlichen Untersuchungsansatz. Ihr geht es darum zu klären, ob und gegebenenfalls in welchem Umfang der Sozialgesetzgeber, wenn er den Sozialversicherungsträgern Aufgaben überträgt, an Maßstäbe aus der Verfassung gebunden ist. Dieser Untersuchungsansatz führt schwerpunktmäßig in eine Analyse der kompetenz- und grundrechtlichen Vorgaben des Grundgesetzes für die Sozialversicherungsgesetzgebung; die vorliegende Arbeit zielt demgemäß über die rechtsdogmatische Konturierung des (speziellen) Problems der Fremdlasten hinaus auch darauf, einen Beitrag zu einer stärkeren Dogmatisierung des (allgemeinen) Sozialversicherungsrechts zu leisten.

Die Arbeit wurde im Januar 2000 abgeschlossen und im Sommersemester desselben Jahres von der Juristischen Fakultät der Ruhr-Universität Bochum als Habilitationsschrift angenommen. Die Deutsche Forschungsgemeinschaft hat ihre Entstehung durch ein Habilitandenstipendium und später ihre Veröffentlichung durch einen gewichtigen Druckkostenzuschuß unterstützt.

Für die Veröffentlichung wurden Rechtsakte, Rechtsprechung und Literatur bis Ende 2000 nachgetragen. Dennoch: Weil – wie immer – irgendwann ein Ende gefunden werden muß, konnten zwei bedeutende, etwa zeitgleich mit dieser Untersuchung abgeschlossene und ebenfalls gerade im Erscheinen begriffene sozialrechtliche Monographien nicht mehr berücksichtigt werden; sie finden sich nur noch bibliographisch auf S. 27 nachgewiesen.

Habilitationsschriften haben ihre eigene Geschichte – auch diese. Von ihr wissen diejenigen am besten zu berichten, die an ihrem Entstehen Anteil gehabt haben. Ihnen möchte ich hier herzlich Dank sagen. Meine Dankbarkeit gebührt dabei in erster Linie meinem akademischen Lehrer Prof. Dr. Friedrich E. Schnapp. Als väterlicher Freund hat er mich seit gut einem Jahrzehnt unter seine Fittiche genommen und meine Forschungsprojekte, so auch die vorliegende Untersuchung, mit der ihm eigenen Mischung aus fürsorgendem

Engagement und freiheitlichem Gewährenlassen betreut. Dafür, daß ich viele schöne und prägende Jahre an seinem Lehrstuhl verbringen durfte, bin ich Friedrich Schnapp zutiefst dankbar; die Widmung möge dies bekräftigen. Herrn Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Knut Ipsen und Herrn Prof. Dr. Rolf Wank danke ich für ihr großes Interesse, das sie der Arbeit und ihrem Verfasser entgegengebracht haben, sowie für die zügige Erstellung der weiteren Gutachten.

Großen Dank schulde ich ferner Herrn Prof. Dr. Volker Epping und Herrn Dr. Markus Kaltenborn. Beide haben mich ermutigt, einen gordischen Knoten zu durchhauen, und auch sonst zum Gelingen des Habilitationsprojekts in vielfältiger Weise dialogisch beigetragen. Mitgeholfen, mitgeföhlt und mitgeföhrt haben sich aber auch noch viele andere Freunde und Kollegen, die ich hier nicht alle namhaft machen kann. Eine Ausnahme soll insoweit nur für meine Frau Kristin und für Louise gelten. Felicitas hingegen – unsere zweite Tochter – wird sich nicht grämen, daß sie das Entstehen dieses Buches und die damit verbundenen Einschränkungen für das Familienleben noch *nicht* miterleben mußte.

Düsseldorf, im März 2001

Hermann Butzer

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Abkürzungen	XIX
Einleitung	1
§ 1 Dimensionen der Diskussion um Fremdlasten in der Sozialversicherung	3
A. Die finanzpolitische Dimension	4
B. Die wirtschaftspolitische Dimension	8
I. Der Nexus von Personalzusatzkosten, Sozialversicherungsbeiträgen und Fremdlasten	9
II. Die Abhilfeschläge: Streichung, Absenkung oder Ausgliederung der Fremdlasten	11
C. Die sozialpolitische Dimension	14
I. Die Umverteilung von unten nach oben	14
II. Verschlechterung der Beitrag-Leistungs-Proportionalität bei der Rente	16
§ 2 Die Aufgabenstellung für die Rechtswissenschaft	19
A. Beitrags- oder Steuerfinanzierung von Fremdlasten – eine politische Frage?	19
B. Erkenntnisinteressen und Gang der Untersuchung	24
C. Neueste Forschungsarbeiten – ein Postscriptum	26

Erster Teil

Generierung einer Realdefinition – Zugleich eine Bestandsaufnahme zum Stand der Fremdlastendiskussion

§ 1 „Fremdlast“ – ein unexakter Ausdruck	31
A. Vorschläge hinsichtlich einer „richtigen“ Realdefinition von „Fremdlast“	32
B. Inkurs: Die zusätzliche Diskussion um die zweckmäßige Nominaldefinition	36
C. Bedeutungsumfang und Bedeutungsinhalt des Ausdrucks „Fremdlast“ – ein Definitionsversuch anhand des bisherigen Fremdlasten-Diskussionsstands	41
I. Das Verfahren der Explikation als methodischer Rahmen	42
II. Ansichten zum Bedeutungsumfang des Ausdrucks „Fremdlast“	46
1. Die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts	46
2. Die Rechtsprechung des Bundessozialgerichts	52
3. Die rechts-, wirtschafts- und sozialwissenschaftliche Literatur	59
a) Die Nichtexistenz von Fremdlasten – eine Mindermeinung	59
b) Fremdlasten – eine Bestandsaufnahme des Meinungsstandes	61
aa) Fremdlasten in der Rentenversicherung	62
bb) Fremdlasten in der Krankenversicherung	66
cc) Fremdlasten in der Pflegeversicherung	67
dd) Fremdlasten in der Unfallversicherung	69
ee) Fremdlasten in der Arbeitslosenversicherung	70
4. Versuch einer Gruppenbildung fremdlastverdächtiger Leistungs- und Phänomenbereiche in der Sozialversicherung	72
D. Resümee: Verzicht auf Fortführung der Explikation	78
§ 2 Die Konsequenz: Entwicklung und Festsetzung einer eigenen Realdefinition von „Fremdlast“	81
A. Vorklärungen anhand der Aussagen des § 30 SGB IV	82
I. Die Unterscheidung zwischen eigenen und fremden Aufgaben des Sozialversicherungsträgers	83
II. Das Junktim: Fremde Aufgaben nur mit Kostenerstattung	84
III. Die intensionsbestimmenden Merkmale von „Fremdlast“	91

- B. Interpretationshoheit und Mißbrauchsmacht des Gesetzgebers hinsichtlich des normativen Begriffs „fremde Aufgabe“ 93
- C. Die verfassungsrechtliche Realdefinition von „Fremdlast“ 98

Zweiter Teil

Das Grundgesetz und die Beitragsfinanzierung der Sozialversicherung

§ 1 Der Sozialversicherungsbeitrag unter dem Regime des Art.74 Abs.1 Nr.12 GG	109
A. Blickwinkel der Auslegung und Normgehalte der Sozialversicherungskompetenz	111
I. Inhaltliche Leitlinien der Kompetenzinterpretation: Präkonstitutionelle Tradition versus Entwicklungsoffenheit	111
II. Formell-rechtliche und materiell-rechtliche Gehalte des Art.74 Abs.1 Nr.12 GG	117
1. Die formell-rechtlichen Gehalte der Kompetenznorm	117
a) Die Bestimmung des bundesstaatlich zuständigen Gesetzgebers ..	118
b) Der Umfang der sachlichen Regelungsbefugnis	120
aa) Die sachliche Kompetenz zur Regelung des Sozialversicherungsrechts	121
bb) Die sachliche Kompetenz zur Erhebung von Sozialversicherungsabgaben	123
2. Der materiell-rechtliche Gehalt der Kompetenznorm	126
a) Die Rechtfertigung von Grundrechtseinschränkungen durch „Sozialversicherung“	127
aa) Zum Stand der Diskussion	130
bb) Gegenläufige Urteile des Bundesverfassungsgerichts?	136
b) Überlegungen zur dogmatischen Bewältigung von Kollisionsfällen	141
III. Zwischenresümee	149
B. „Sozialversicherung“ (Art.74 Abs.1 Nr.12 GG) als Strukturtypus	151
I. Die Struktur der Gesetzgebungskompetenz „Sozialversicherung“ – eine Analyse anhand der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts	152
1. Das Kindergeld-Urteil des Bundesverfassungsgerichts als Grundlegung	155
2. „Sozialversicherung“ als rechtlicher Strukturtypus	158

a)	Die Identität von Gattungsbegriff und Typusbegriff	159
b)	Die typusbestimmenden Strukturmerkmale von Sozialversicherung	165
3.	Die zweistufige Erkenntnismethode des Gerichts: Eine Kombination von Klassenbegriffsdenken und Typusdenken....	171
II.	Der Erscheinungsbild-Vergleich von historischem Strukturtypus und neuem Normenkomplex.....	177
1.	Die primären Alt-Merkmale von Sozialversicherung	180
a)	Das Merkmal „Versicherung“	181
aa)	Das Beschriebene: Das „Wesen“ von Versicherung	184
aaa)	Objektive Voraussetzungen von Sozial-„Versicherung“	184
bbb)	Die Bedarfsdeckungsfunktion von Sozial-„Versicherung“ ..	191
bb)	Das Nichtbeschriebene: Die „Technik“ von Versicherung ..	197
aaa)	Die Determiniertheit der möglichen Versicherungs- techniken	198
(1)	Das Erfordernis der Globaläquivalenz	201
(2)	Das betriebswirtschaftliche Gebot „Prämie nach Risiko“	202
(3)	Die sozialgesetzlichen Vorgaben „Beitrag nach Einkommen“ und „Umlageverfahren“	205
bbb)	Exkurs: Die unexakte Bezeichnung „Versicherungsprinzip“ .	208
cc)	Die Versicherungs-„Beschreibung“ des Bundesverfassungs- gerichts von 1960: In der Not geboren	209
dd)	Inkurs: Die Versicherungsnatur der Sozialversicherung	212
aaa)	Fürsorgetheorie versus Versicherungstheorie	212
bbb)	Privatversicherung und Sozialversicherung: Versicherungen mit unterschiedlicher Versicherungstechnik	218
b)	Das Merkmal „sozialer Ausgleich“	219
aa)	Terminologie, Bedeutung, Annäherung an den Inhalt	221
bb)	Die Wege der Umverteilung – eine Bestandsaufnahme	225
aaa)	Umverteilung innerhalb des Sozialversicherungsträgers	228
(1)	Versicherungsimmanenter Risikoausgleich	228
(2)	Intertemporale Umschichtung	228
(3)	Interpersonelle Umverteilung	229
(4)	Intergenerationelle Umverteilung	234
bbb)	Umverteilung in den Sozialversicherungsträger hinein	235
(1)	Intramurale Umverteilung durch Zuschüsse des Bundes an die Sozialversichertengemeinschaft	235
(2)	Intramurale Umverteilung durch Beiträge Dritter an die Sozialversichertengemeinschaft	237
ccc)	Umverteilung aus dem Sozialversicherungsträger heraus ...	237
(1)	Extramurale personelle Umverteilung	237
(2)	Extramurale korporative Umverteilung	240
cc)	Zwischenergebnis: „Sozialer Ausgleich“ gemäß Art. 74 Abs. 1 Nr. 12 GG	242
c)	Das Merkmal „Die Art und Weise der organisatorischen Bewältigung“	243

aa)	Organisation als „Körperschaft“ oder „Anstalt“	244
bb)	Selbstverwaltung als weiteres, inzident gewährleistetes Merkmal	246
cc)	Einwände wegen der AOK-Entscheidung des Bundes- verfassungsgerichts	252
d)	Das Merkmal „Finanzierung durch Sozialversicherungsbeiträge“ ..	256
aa)	Die Bestimmung des bundestaatlich zuständigen Gesetzgebers	258
bb)	Der Umfang der sachlichen Regelungsbefugnis hinsichtlich der Heranziehung von „Beteiligten“ an der Sozialversicherung	261
aaa)	Die Theorie des engen Beitragsbegriffs bei der Kompetenzinterpretation	263
	(1) Die Sozialversicherungsabgabe und der Wirkbereich der Finanzverfassung	263
	(a) Der Sozialversicherungsbeitrag als Sonderlast	264
	(b) Der Sozialversicherungsbeitrag als außersteuerliche Abgabe	266
	(2) Die formell-sachliche Legitimation fremdnütziger Sozialversicherungsabgaben nach den Grundsätzen der Sonderabgaben-Judikatur	268
	(a) Die Transferthese	270
	(b) Sonderabgaben: Begriff und Voraussetzungen	273
	(3) Inkurs: Überlegungen zur Rechtsnatur und Klassifikation der Sozialversicherungsabgaben im Abgabensystem	277
	(a) Die Sozialversicherungsabgabe als Vorzugslast?	277
	(b) Die Sozialversicherungsabgabe als Verbandslast?	281
bbb)	Die Theorie des weiten Beitragsbegriffs bei der Kompetenzinterpretation	282
ccc)	Enger oder weiter Beitragsbegriff: Pro und Contra	284
	(1) Das Nebeneinander von Steuern und Sozialversicherungsabgaben	284
	(2) Die bundesstaatliche und die grundrechtliche Betrachtungsebene	287
	(3) Trennungskonzept versus Einheitskonzept	290
	(4) Die Vorzugswürdigkeit der Theorie des weiten Beitragsbegriffs	292
cc)	„Gemeinsame/paritätische Lastentragung“ als fünftes primäres Merkmal?	295
2.	Die sekundären Alt-Merkmale von Sozialversicherung	301
a)	Das Merkmal „Arbeitnehmersicherung für Notlagen“	302
b)	Das Merkmal „Zwangsversicherungscharakter“	306
c)	Das Merkmal „Bundeszuschüsse“	307
d)	Das Merkmal „Beteiligung der Arbeitgeber an der Finanzierung“ ..	315
e)	Das Merkmal „Umfassendes Leistungsspektrum“	315
3.	Abschließendes Resümee	316

§ 2 Der Sozialversicherungsbeitrag unter dem Regime der Grundrechte	320
A. Grundfragen der materiell-rechtlichen Rechtfertigung der Erhebung von Sozialversicherungsbeiträgen	323
I. Wirksamer Einbezug der Versicherten in die Sozialversicherung	323
II. Die thematisch einschlägigen Grundrechte hinsichtlich der Beitragserhebung	333
1. Der gleichheitsrechtliche Rechtfertigungsbedarf nach Art.3 Abs.1 GG	333
2. Der freiheitsrechtliche Rechtfertigungsbedarf	337
a) Die vormalige Beschränkung auf eine Kontrolle nach Art.2 Abs.1 GG	337
b) Die grundrechtsthematische Neuorientierung hin zu Art.14 Abs.1 GG	340
aa) Gegenentwürfe in Literatur und Rechtsprechung	340
bb) Dogmatische Bewertung und Übertragbarkeit	344
c) Die Kontrolle nach Art.12 Abs.1 GG	347
III. Das Erfordernis der Beitragsrechtfertigung dem Grunde und der Höhe nach	352
B. Eigene und fremde Aufgaben der Träger aus Sicht der Versicherten	354
I. Einzelfragen der gleichheits- und freiheitsrechtlichen Legitimation der Beitragserhebung dem Grunde nach	355
1. Die Rechtfertigung der Beiträge vor Art.3 Abs.1 GG	356
a) Die Legitimation eigennütziger Beiträge oder Beitragsanteile	359
b) Die Legitimation fremdnütziger Beitragsanteile	361
aa) Die generelle Rechtfertigung des sozialen Ausgleichs mittels Sozialversicherung	368
bb) Die individuelle Rechtfertigung der Beteiligung des Einzelnen am sozialen Ausgleich	371
aaa) Herkunft, Inhalt, Geltungskraft und Funktion von Solidarität	372
(1) Die Unterscheidung zwischen freiwilliger und erzwungener Solidarität	374
(2) Die Berechtigung des Staates zur Auferlegung solidarischer Pflichten	377
(a) Der geschichtliche und staatsrechtliche Herleitungskontext	377
(b) Die verfassungsrechtliche Übersetzung staatsbürgerlicher Solidarität	383
(3) Das soziale Staatsziel des Grundgesetzes als Emanation des Solidaritätsgedankens	388
(a) Der Doppelcharakter von Sozialstaatlichkeit	390

(aa)	Sozialstaatlichkeit als Gestaltungsauftrag	391
(bb)	Sozialstaatlichkeit als Eingriffstitel	394
(cc)	Rechtsstaatliche Grenzen	397
(b)	Der Staat als Organisator von Solidarität und Sozialstaatlichkeit	401
(aa)	Verhaltensgebote an die Bürger	401
(bb)	Staatliche Umverteilung von Einkommen und Vermögen	403
(cc)	Konstituierung und Förderung unterstaatlicher Solidargemeinschaften	404
bbb)	Unterstaatliche Gruppensolidarität als Rechtfertigungs- grund für die Beteiligung am sozialen Ausgleich	405
(1)	Gruppensolidarität und sozialer Ausgleich aufgrund von Gruppenhomogenität	409
(a)	Die Abgrenzbarkeit der gesellschaftlichen Gruppe . . .	410
(b)	Die innere Verbundenheit der Gruppenzugehörigen . .	412
(c)	Homogenität und soziale Schutzbedürftigkeit	414
(d)	Der Gruppe-Person-Bezug und der Gruppe-Aufgabe- Bezug	418
(e)	Zwischenergebnis: Die Relevanzbereiche des Solidaritätsgedankens	423
(2)	Kritik und Gegenkritik anhand der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts	425
(a)	Zum Einwand der Kriterienparallelität mit der Sonderabgaben-Judikatur	426
(b)	Zur These einer Beitragslegitimation durch die Finanzbedürfnisse der Sozialversicherung	429
cc)	Der Umfang des verfassungsrechtlich zu rechtfertigenden sozialen Ausgleichs	436
aaa)	Grenzen durch den Gruppe-Person-Bezug	438
(1)	Die Archetypen des „klassisch“ Sozialversicherten . . .	438
(2)	Homogenität und Inhomogenität: Problemzonen	445
bbb)	Grenzen durch den Gruppe-Aufgabe-Bezug	452
(1)	Agendarische Grenzen übertragbarer Aufgaben	452
(a)	Subsidiarität als Leitidee der Sozialrechtsgestaltung . .	455
(b)	Zur Frage der Bindung des Gesetzgebers durch Subsidiarität	465
(aa)	Die frühere Kontroverse um die verfassungs- rechtliche Qualität von Subsidiarität	466
(bb)	Die Neubewertung der Verfassungsrechtsqualität aufgrund von Art. 23 Abs. 1 Satz 1 GG i.d.F. von 1992	471
(c)	Zum Inhalt der Bindung des Gesetzgebers durch das Subsidiaritätsprinzip	475
(aa)	Die Unterscheidung von Regeln und Prinzipien	476
(bb)	Dimensionen, Anwendungsmaßstäbe und Direktivwirkung des Subsidiaritätsprinzips	479
(aaa)	Negative und positive, materielle und institutionelle, statische und dynamische Wirkungsdimensionen	479

(bbb)	Größe, Über- und Unterordnung, Personennähe als Anwendungsmaßstäbe	484
(ccc)	Die Direktivkraft des Subsidiaritätsprinzips für den Gesetzgeber	487
(d)	Wesentliche Aussagen des Subsidiaritätsprinzips für die Bestimmung sozialversicherungsrechtlicher Agenden	491
(aa)	Aussagen zur Zuordnung von Zuständigkeiten zwischen Individuum, unterstaatlichen Gemein- schaften und gesamtstaatlicher Gemeinschaft	492
(bb)	Aussagen zur Zuordnung von Zuständigkeiten zwischen unterstaatlichen Gemeinschaften	500
(cc)	Aussagen zur konkreten Ausgestaltung des sozial- versicherungsrechtlichen Schutzes	502
(2)	Dimensionale Grenzen übertragbarer Aufgaben – drei Schwerpunkte der Diskussion	508
(a)	Solidaritätsgemäßes Verhalten als dimensionale Grenze?	510
(aa)	Selbstschädigung und Verweigerung zumutbarer Mitwirkung	512
(bb)	Inpflichtnahme zu möglicher und zumutbarer Selbsthilfe	514
(b)	Das Eigentumsgrundrecht des Art. 14 Abs. 1 GG als dimensionale Grenze?	516
(aa)	Unerheblichkeit des Halbteilungsgrundsatzes	517
(bb)	Der Eigentums- und Vertrauensschutz sozial- versicherungsrechtlicher Positionen	517
(aaa)	Voraussetzungen des Eigentumsschutzes und Detailergebnisse	518
(bbb)	Maßstäbe der Umgestaltung eigentumsgeschützter Positionen	525
(ccc)	Gegenwartsschutz versus generationenorientierter Gefährdungsschutz	534
(c)	Der allgemeine Gleichheitssatz des Art. 3 Abs. 1 GG als dimensionale Grenze?	540
(aa)	Lastengerechtigkeit zwischen den Generationen ...	540
(bb)	Nachteile bei der Kapitalrendite zu Lasten der Sozialversicherten	543
(cc)	Systemgerechtigkeit bei der Leistungsbemessung ...	545
(aaa)	Die Funktion von Systemgerechtigkeit in der Gleichheitsdogmatik	546
(bbb)	Systemgerechtigkeit und Vielfältigkeit des Beitrag-Leistungs-Verhältnisses	549
(aaaa)	Aussagen des Bundesverfassungsgerichts	550
(bbbb)	Analyse des einfachgesetzlichen Sozialversicherungsrechts	554
2.	Die Rechtfertigung der Beiträge vor den Freiheitsrechten	558

II. Einzelfragen der freiheits- und gleichheitsrechtlichen Legitimation der Beitragserhebung der Höhe nach	560
1. Freiheitsrechtliche Legitimationsgrenzen	560
a) Verletzungen des Prinzips der Globaläquivalenz	562
b) Verletzungen des Art.14 GG („Halbteilungsgrundsatz“)	563
2. Gleichheitsrechtliche Legitimationsgrenzen	564
a) Ungleichbehandlungen in der Renten-, Arbeitslosen- und Pflegeversicherung	565
b) Ungleichbehandlungen in der Kranken- und Unfallversicherung	567
III. Zusammenfassung: Die verfassungsrechtliche Rechtfertigungs- fähigkeit der Versichertenbeiträge	572
C. Die Beitragsfinanzierung aus Arbeitgeber-/Beteiligtsicht	575
I. Die Bedeutung der Abgrenzung von „eigenen“ und „fremden“ Aufgaben aus der Sicht der Arbeitgeber und sonstigen Beteiligten	577
1. Die beiden Fallkonstellationen in vier Versicherungszweigen	577
2. Die besondere Situation in der Unfallversicherung	579
II. Die gleichheits- und freiheitsrechtliche Legitimation der Beitragserhebung gegenüber Arbeitgebern und sonstigen Beteiligten dem Grunde nach	580
1. Die Rechtfertigung der Beiträge der Arbeitgeber vor Art. 3 Abs. 1 GG	584
a) Entbehrlichkeit einer Rechtfertigung aufgrund der ökonomischen Betrachtung?	586
b) Rechtfertigung aus dem Gedanken der Solidarität zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern?	593
c) Rechtfertigung aus der Fürsorgepflicht des Arbeitgebers	596
aa) Rechtliche Fundierung und Inhalt der Fürsorgepflicht	598
bb) Wirkungsbereich der Fürsorgepflicht	601
d) Typisierte Fürsorgepflicht der Arbeitgeberschaft für die Arbeitnehmerschaft?	607
aa) Die Andeutungen in BVerfGE 11, 105ff. und in BVerfGE 14, 312ff.	607
bb) Kritik und Gesamteinschätzung dieser Rechtsprechung	612
2. Die Rechtfertigung der Beiträge der sonstigen Beteiligten vor Art. 3 Abs. 1 GG	615
a) Sonstige Beteiligte in der Sozialversicherung – Beispiele	615
b) Rechtfertigung aus der Obsorgepflicht des sonstigen Beteiligten für den Sozialversicherten	621
aa) Vorüberlegungen: Grenzen der Rechtfertigungsfähigkeit	622
bb) Die Antworten des Künstlersozialversicherungsbeschlusses	624
aaa) Verantwortlichkeit in einem auf Dauer ausgerichteten integrierten Arbeitszusammenhang	624
bbb) Zur tieferen rechtlichen Fundierung der Obsorgepflicht in sozialen Verantwortlichkeitsbeziehungen	627

cc) Obsorge bzw. Fürsorge als Grundpflicht des Freiheits-Stärkeren	629
3. Die Rechtfertigung der Beiträge der Arbeitgeber und sonstigen Beteiligten vor den Freiheitsrechten	631
III. Die freiheits- und gleichheitsrechtliche Legitimation der Beiträgerhebung gegenüber Arbeitgebern und sonstigen Beteiligten der Höhe nach	631
1. Freiheitsrechtliche Legitimationsgrenzen	631
2. Gleichheitsrechtliche Legitimationsgrenzen	633
D. Exkurs: Die Gewährung (echter) Zuschüsse des Staates an die Sozialversicherungsträger	636
§ 3 „Eigene“ und „fremde Aufgaben“ der Sozial- versicherungsträger – Erweiterte Realdefinition und Checkliste	642
A. Die erweiterte verfassungsrechtliche Realdefinition von Fremdlast	642
B. Prüfungsschritte bei der Bestimmung „fremder Aufgaben“	644
I. Präkonstitutionell vorhandene Aufgaben	644
II. Postkonstitutionell (neu) übertragene Aufgaben	645
1. Wegfall des Lastcharakters wegen Kostenerstattung	645
2. Fremdheit wegen Kompetenzwidrigkeit der übertragenen Aufgabe ..	646
a) Kein sozialversicherungsfähiges Risiko	647
b) Kein sozialer Ausgleich	648
c) Keine Finanzierungskompetenz in Ermangelung von Gruppenhomogenität	649
3. Fremdheit wegen Grundrechtswidrigkeit der übertragenen Aufgabe ..	650
a) „Sozialer Ausgleich“ außerhalb der personellen Grenzen	651
b) „Sozialer Ausgleich“ außerhalb der agendarischen Grenzen	651
c) „Sozialer Ausgleich“ außerhalb der dimensionaligen Grenzen	652
III. Kurzresümee	653

Dritter Teil

Rechtsschutz gegen Fremdlasten

§ 1 Verweigerung wirksamen Rechtsschutzes durch die bisherige Rechtsprechung	656
A. Rechtsschutzmöglichkeiten des Sozialversicherungsträgers	656
B. Rechtsschutzmöglichkeiten des Beitragspflichtigen	660

I. Die Leistungsseite: Gerichtliche Überprüfung der Verwendung des Beitragsaufkommens durch den Träger	661
1. Unzulässigkeit einer Unterlassungsklage nach § 54 Abs.5 SGG	661
2. Unbegründetheit einer Gesetzes- oder Urteilsverfassungsbeschwerde	665
II. Die Beitragsseite: Gerichtliche Überprüfung der Beitragsfestsetzung der Höhe nach	667
1. Unbegründetheit einer Feststellungsklage nach § 55 Abs. 1 Nr. 1, Abs. 2 SGG	667
2. Unbegründetheit einer Anfechtungsklage nach § 54 Abs. 1 Satz 1, 1. Alt. SGG	672
§ 2 Die besondere Klagebefugnis der Beteiligten an der Sozialversicherung nach Art. 2 Abs.1 GG	675
A. Die Inkonsequenz der Rechtsprechung – Zur Vermengung von Beitrags- und Leistungsseite	676
B. Die Gretchenfrage – das Bestehen eines subjektiv-öffentlichen Rechts des Beteiligten	680
I. Die allgemeine grundrechtsgestützte Klagebefugnis gegen die Verwendung von Beiträgen	681
II. Die besondere Klagebefugnis der „Mitglieder“ von Zwangsverbänden nach Art. 2 Abs. 1 GG	683
1. Klagebefugnis bei Klagen gegen die zwangsweise Einbeziehung in einen Zwangsverband	684
2. Klagebefugnis bei Unterlassungsklagen im Fall der Überschreitung des gesetzlich zugewiesenen Aufgabenkreises	684
a) Die Anwendungsfelder der Mitgliederklage	686
b) Die Übertragbarkeit auf „Mitglieder“ von Sozial- versicherungsträgern	689
3. Klagebefugnis bei Unterlassungsklagen im Fall der Wahrnehmung zugewiesener, aber verfassungswidriger Aufgaben	694
III. Die besondere Klagebefugnis der „Arbeitgeber“ und „sonstigen Beteiligten“ an der Sozialversicherung nach Art. 2 Abs. 1 GG	699
C. Resümee und (prozessualer) Ausblick	701
Zusammenfassung	704
Literaturverzeichnis	717
Sachverzeichnis	779

Abkürzungsverzeichnis

Soweit die Abkürzungen hier nicht besonders erläutert sind, wird verwiesen auf:

Hildebert Kirchner, Abkürzungsverzeichnis der Rechtssprache,
4. Auflage, Berlin/New York 1993

APuZ	Aus Politik und Zeitgeschichte (Zeitschrift), Beilage zu „Das Parlament“
ArbSozPol	Arbeit und Sozialpolitik (Zeitschrift)
BG	Die Berufsgenossenschaft (Zeitschrift)
BKK	Die Betriebskrankenkasse (Zeitschrift)
Breithaupt	Sammlung von Entscheidungen aus dem Sozialrecht, begründet von Hermann Breithaupt
DAngVers.	Die Angestelltenversicherung (Zeitschrift)
DJT	Deutscher Juristentag
DOK	Die Ortskrankenkasse (Zeitschrift)
DRV	Deutsche Rentenversicherung (Zeitschrift)
Ersk.	Die Ersatzkasse (Zeitschrift)
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung
FS	Festschrift
GS	Gedächtnisschrift
HDR	Handbuch der gesetzlichen Rentenversicherung, hrsgg. von Franz Ruland, 1990
HS-KV	Handbuch des Sozialversicherungsrechts, Band 1, Krankenversicherungsrecht, 1994, hrsgg. von Bertram Schulin
HS-PV	Handbuch des Sozialversicherungsrechts, Band 4, Pflegeversicherungsrecht, 1997, hrsgg. von Bertram Schulin
HS-RV	Handbuch des Sozialversicherungsrechts, Band 3, Rentenversicherungsrecht, 1999, hrsgg. von Bertram Schulin
HS-UV	Handbuch des Sozialversicherungsrechts, Band 2, Unfallversicherungsrecht, 1996, hrsgg. von Bertram Schulin
HStR	Handbuch des Staatsrechts der Bundesrepublik Deutschland, hrsgg. von Josef Isensee und Paul Kirchhof, 1987 ff.
IW	Institut der deutschen Wirtschaft, Köln

JG	Jahresgutachten, verfaßt und hrsgg. vom Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung
KrV	Die Krankenversicherung (Zeitschrift)
MedR	Medizinrecht (Zeitschrift)
NZS	Neue Zeitschrift für Sozialrecht
SDSRV	Schriftenreihe des Deutschen Sozialrechtsverbandes
SF	Sozialer Fortschritt (Zeitschrift)
SGb.	Die Sozialgerichtsbarkeit (Zeitschrift)
SozR	Sozialrecht, Entscheidungssammlung, hrsgg. von den Richtern des Bundessozialgerichts, Loseblattsammlung
SozSich	Soziale Sicherheit (Zeitschrift)
SRH	Sozialrechtshandbuch, hrsgg. von Bernd Baron v. Maydell und Franz Ruland, 2.Auflage 1996
VSSR	Vierteljahresschrift für Sozialrecht
ZfS	Zentralblatt für Sozialversicherung, Sozialhilfe und Versorgung
ZfSH/SGB	Zeitschrift für Sozialhilfe und Sozialgesetzbuch
ZSR	Zeitschrift für Sozialreform
ZVersWiss.	Zeitschrift für die gesamte Versicherungswissenschaft

Einleitung

Die deutsche Sozialversicherung – einst weltweit beachtet und nachgeahmt, zu ihrem 100. Geburtstag noch allseits gepriesen und „als Errungenschaft[en] der modernen Welt, vielleicht die letzte große nach der Demokratie und dem Rechtsstaat“¹ bezeichnet – ist in Finanzierungsnöte geraten. Längst ist die in den ersten Jahrzehnten der Bundesrepublik vorherrschende optimistische Annahme widerlegt, daß ständig steigende Sozialausgaben die Konkurrenzfähigkeit der Wirtschaft nicht gefährden und den Steuer- und Beitragszahler finanziell nicht überfordern. Ausschlaggebend für die heutigen Nöte der Sozialversicherung sind dabei so verschiedene Entwicklungen wie der Geburtenrückgang und die steigende Lebenserwartung, die Verkürzung der täglichen und der Lebensarbeitszeit, die Zunahme sozialversicherungsfreier Beschäftigungen und vor allem die hohe Dauerarbeitslosigkeit. Zudem hat sich der moderne Staat gemäß der geläufigen individualpsychologischen Einsicht „Beim Geld hört die Freundschaft auf“ lange Jahre mehr der Leistungsseite der Sozialversicherung als ihrer Einnahmenseite zugewandt² – und zwar auch dann noch, als die zukünftigen Finanzierungsprobleme bereits längst absehbar waren. Jetzt hat man in der Renten-, der Kranken- und der Arbeitslosenversicherung eigentlich nur noch die Wahl zwischen Scylla und Charybdis, nämlich entweder Abbau der sozialversicherungsrechtlichen Leistungen oder kontinuierlicher Anstieg der Sozialversicherungsbeiträge, eventuell abgemildert durch Erweiterungen des Kreises der Pflichtversicherten insbesondere um Höherverdienende oder um neue Versichertengruppen.

Zu den in Politik, Wissenschaft und Öffentlichkeit besonders eingehend behandelten Einzelaspekten der sozialversicherungsbezogenen Malaise zählt neben den demographischen Problemen des umlagefinanzierten Rentensystems sowie dem Kostenanstieg im Gesundheitswesen die Problematik der sogenannten Fremdlasten in der Sozialversicherung. Mit dem Ausdruck „Fremdlast“ werden dabei diejenigen Leistungen der Sozialversicherungsträger versehen, deren Finanzierung aus Sozialversicherungsbeiträgen erfolgt, obwohl ihre Zielrichtung (möglicherweise) verlangte, sie in anderer Weise zu finanzieren: *entweder* aus Steuermitteln, soweit sie nicht nur im Interesse der in dem jeweiligen Träger zusammengeschlossenen Sozialversicherten, sondern im Interesse aller Staatsbürger erfolgen und daher der gesamtgesell-

¹ Michael Stolleis, SDSRV 22 (1982), S. 60 (78).

² Zutreffend beobachtet von Maximilian Wallerath, SDSRV 45 (1999), S. 7 (7).

schaftlichen Sphäre zuzuweisen sind, *oder* aus finanziellen Mitteln des einzelnen Bürgers, soweit man sie nicht einer Kollektivverantwortlichkeit, sondern dem Selbstverantwortungsbereich des Individuums zuzuordnen hat³.

³ Das mit „Fremdlasten“ beschriebene finanz-, wirtschafts und sozialpolitische Problem wurzelt – wie bereits diese Kurzbetrachtung der Finanznöte der Sozialversicherung erkennen läßt – in einem größeren politikstrategischen Problemfeld. Eine äußerst spitzzüngige, sarkastische, aber wohl nicht grundfalsche Motiverklärung gibt *Charles Beat Blankart*, in: Koslowski/Kreuzer/Löw (Hrsg.): Chancen und Grenzen des Sozialstaats, 1983, S. 154 (158), wenn er der Sozialpolitik folgende Maximen unterstellt: Zunächst sei das System von Steuern und Soziallasten möglichst undurchsichtig zu gestalten, damit diejenigen, die die tatsächliche Last des Sozialstaats tragen, es nicht merken und am Ende niemand mehr wisse, an wem die Kosten hängenblieben. Eine weitere „Strategie“ gehe dahin, einen Teil der Soziallasten über Staatsschulden zu finanzieren, da dies für die Wähler von heute unfühlerbar sei. Und schließlich: In zeitlicher Hinsicht würden Leistungserhöhungen möglichst *vor* allgemeinen Wahlen vorgenommen, Leistungskürzungen dagegen *nachher*.

§ 1 Dimensionen der Diskussion um Fremdlasten in der Sozialversicherung

Fremdlasten in der Sozialversicherung – die fachübergreifende Breite der Diskussion deutet es bereits an – sind kein exklusives Thema der Rechtswissenschaft. Zwar überwiegt die juristische Diskussion der Fremdlastenfrage, weil das Thema einen rechtlichen Sachverhalt meint, doch weist die Fremdlastenfrage neben dieser rechtlichen auch eine finanzpolitische, eine wirtschaftspolitische und eine sozialpolitische Dimension auf. Erst diese vielfältigen Aus- und Folgewirkungen haben das Thema „Fremdlasten“ aus der Sphäre der akademischen Rechtswissenschaft in die allgemeine Politik und von dort in die Schlagzeilen der Medien gebracht und es so zu dem prominenten Thema werden lassen, zu dem es im vergangenen Jahrzehnt aufgestiegen ist. Die außerjuristischen Wirkungen haben Fremdlasten darüber hinaus für die Wirtschaftswissenschaften und die Sozialwissenschaften interessant gemacht; die aus diesen Wissenschaftsdisziplinen kommenden Beiträge bereichern die juristische Diskussion.

Zugleich erhöht die Beteiligung anderer Disziplinen aber auch den Druck auf die primär zuständige Rechtswissenschaft, die Lösung des Problems vorzubringen und der Politik möglichst klare Handlungsratschläge zum rechtlich Gebotenen bzw. rechtlich Zulässigen an die Hand zu geben. Gäbe es eine gesicherte (verfassungs-)rechtliche Ausgangsbasis, könnten Finanzwissenschaft, Volkswirtschaftslehre und Sozialwissenschaften mit ihren Handlungsvorschlägen zur zukünftigen Finanzierung der Sozialversicherung und ihrer Leistungen womöglich mehr Handlungsdruck auf die Politik erzeugen. Derzeit bleibt nämlich wegen der unklaren Rechtslage manch überzeugungskräftiger Gesetzgebungsvorschlag, der auf sorgfältigen Analysen zur gesamtwirtschaftlichen Allokationseffizienz beruht, ohne Chancen auf eine politische Umsetzung gewissermaßen in der Schublade. Kurzum: Die verschiedenen Diskussionsebenen der Fremdlastenfrage wirken in einer Art und Weise aufeinander ein, die es auch in einer juristisch angelegten Untersuchung geboten erscheinen läßt, gleich zu Beginn die finanz-, wirtschafts- und sozialpolitischen Implikationen des Themas „Fremdlasten in der Sozialversicherung“ zumindest kurz in den Blick zu nehmen und solcherart die weit über das juristische Anliegen hinausreichende Bedeutung dieses Themas aufzuzeigen.

A. Die finanzpolitische Dimension

Das breite Interesse an der Fremdlastenfrage in der Sozialversicherung ist zunächst einmal eine Folge der Summen, die bei der Bezifferung dieser Lasten genannt werden. Bei allen Definitions- und Erhebungsproblemen im einzelnen dürfte nämlich nach derzeitigem Stand eine finanzielle Größenordnung von jedenfalls über 100 Mrd. DM die realistische *Untergrenze* von möglicherweise fehlfinanzierten Leistungen darstellen. Die bislang höchste Schätzung geht auf das Institut der deutschen Wirtschaft zurück, das für 1994 die Summe der Fremdlasten in der Renten-, der Kranken- und der Arbeitslosenversicherung mit 197,3 Mrd. DM beziffert hat¹. Selbst diese Zahl spart also noch Fremdlasten aus, die es nach durchaus verbreiteter Auffassung in der Unfall- und in der Pflegeversicherung gibt, für die aber keine näheren Berechnungen vorliegen. Ferner berücksichtigt sie nicht die – bislang ebenfalls nicht quantifizierten – Fremdlasten in der landwirtschaftlichen Kranken- und Unfallversicherung sowie Altershilfe und in der Künstlersozialversicherung.

Das vergleichsweise beste – freilich seit einigen Jahren nicht mehr fortgeschriebene – Zahlenmaterial liegt für den Bereich der *Rentenversicherung* vor. Hier reichen die genannten Bandbreiten von einer Größenordnungsangabe in Höhe von 24,6 bis 26,8 Prozent (Transfer-Enquete-Kommission [für 1979])² über 25 bis 30 Prozent (Franz Ruland, Winfried Schmähl [für 1993])³ bis hin zu 34,3 Prozent der Gesamtausgaben (Verband Deutscher Rentenversicherungsträger [VDR])⁴ und – dieser Angabe folgend – Karl-Bräuer-Institut des Bundes der Steuerzahler⁵ [beide für 1995]). In die entgegengesetzte Richtung geht allerdings eine Berechnung, derzufolge der Anteil der Fremdlasten in der Rentenversicherung im Jahre 1995 bei nur 5,27 Prozent der Gesamtausgaben gelegen haben soll⁶. Im Bereich der *Arbeitslosenversicherung* reichen die zu-

¹ Siehe insoweit *Achim Seffen*, IW-Trends 1/96, S. 39 ff., der für das Jahr 1994 versicherungsfremde Leistungen in Höhe von 97,9 Mrd. DM in der Rentenversicherung, 58,7 Mrd. DM in der Krankenversicherung und 40,7 Mrd. DM in der Arbeitslosenversicherung angibt. Als Gegenfinanzierung hätten die Sozialkassen 70,2 Mrd. DM aus dem Bundeshaushalt erhalten, so daß 1994 Ausgaben von etwa 127,1 Mrd. DM fehlfinanziert gewesen seien. Siehe ferner *Achim Seffen*, APuZ 1995, B 25–26, S. 26 (28 f.).

² *Transfer-Enquete-Kommission*, Das Transfersystem in der Bundesrepublik Deutschland, 1981, S. 248, Rdn. 426. Zu diesem Bericht: *Winfried Schmähl*, VSSR 10 (1982), S. 251 ff.

³ *Franz Ruland*, DRV 1995, S. 28 (38), diesem folgen z.B.: *Winfried Schmähl*, DRV 1995, S. 601 (611 f.); *Frank Schwidden*, ZfSH/SGB 1997, S. 202 (212).

⁴ Der VDR hat im Rentenvolumen des Jahres 1995 von 297.882 Mrd. DM (Ost und West) die Höhe der versicherungsfremden Leistungen mit 102.241 Mrd. DM beziffert (= 34,3 Prozent der Leistungen). Siehe *Verband Deutscher Rentenversicherungsträger*, Versicherungsfremde Leistungen – sachgerecht finanzieren, 1997, S. 10 f.

⁵ *Michael Schlenger*, Versicherungsfremde Leistungen in der Gesetzlichen Rentenversicherung, 1998, S. 58.

⁶ *Jürgen Hofmann*, SF 1996, S. 126 (128), der den Anteil für 1995 in der Rentenversicherung auf 15,7 Mrd. DM (von 297.882 Mrd. DM [Ost und West 1995]) beziffert. Mit ähnlicher Tendenz wohl auch *Johannes Frerich/Martin Frey*, in: Schulin, HS-RV, 1999, § 2, Rdn. 90, die

meist genannten Bandbreiten von 34,4 Prozent (für das Beispielsjahr 1997)⁷ bis hin zu 41,4 Prozent (Institut der Deutschen Wirtschaft [für 1997])⁸. Besonders weit liegen die Zahlen für den Bereich der *Krankenversicherung* auseinander: Sie reichen (für das Beispielsjahr 1994) von einer unteren Bandbreite von etwa 1,5 bis 4 Prozent der Gesamtausgaben (4 Mrd. DM bis 10 Mrd. DM) über eine mittlere Größenordnung von etwa 22 Prozent (55 Mrd. DM), wenn die beitragsfreie Mitversicherung von Familienangehörigen vollständig einbezogen wird, bis hin zu etwa 50 Prozent (115,5 Mrd. DM), wenn auch noch die Kosten der Krankenversicherung der Rentner mitgerechnet werden⁹.

Zu diesen Zahlen ist jedoch eine Gegenrechnung aufzumachen. Im Jahr 1999 floß nämlich der Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten aus allgemeinen Haushaltsmitteln ein Bundeszuschuß in Höhe von ca. 83,2 Mrd. DM, der knappschaftlichen Rentenversicherung ein Zuschuß von ca. 14,1 Mrd. DM und der Arbeitslosenversicherung ein Bundeszuschuß in Höhe von ca. 11,0 Mrd. DM zu¹⁰. Hohe Zuschüsse erhielten auch die landwirtschaftlichen Sozialversicherungen und die Künstlersozialversicherung. Die Zuschüsse zur Rentenversicherung, die, genauso wie diejenigen zur Arbeitslo-

meinen, eine Umstellung des heutigen Bundeszuschusses auf eine Direkterstattung der eventuell fehlfinanzierten Leistungen würde die Finanzsituation der Rentenversicherung nicht verbessern, sondern verschlechtern.

⁷ Diese Prozentzahl ergibt sich, wenn man die aktiven arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen als Fremdlasten einstuft: Dann wären z.B. im Jahre 1997 bei Gesamtausgaben der Bundesanstalt für Arbeit von 102,7 Mrd. DM insgesamt 35,3 Mrd. DM oder 34,4 Prozent der Ausgaben als Fremdlasten zu betrachten gewesen. Siehe zu den hier im einzelnen diskutierten Abgrenzungen zwischen Fremdlasten und Nicht-Fremdlasten z.B.: *Otto G. Mayer*, FS Kantzenbach, 1996, S. 341 (349); *Stefan Sell*, in: Schnapp (Hrsg.), Finanzierungsfragen der Sozialversicherung, 1999, S. 37 (45 ff.).

⁸ So *Achim Seffen*, *Der Arbeitgeber* 46 (1994), S. 458 (458). Seffen sieht dabei nur das Arbeitslosen- und das Kurzarbeitergeld als versicherungsgemäße Leistungen an. Bezogen auf die Ausgaben der Bundesanstalt für Arbeit im Jahre 1997 in Höhe von 102,7 Mrd. DM wären demnach 60,2 Mrd. DM der Ausgaben als Versicherungsleistungen und 42,5 Mrd. DM oder 41,4 Prozent als Fremdlasten zu deklarieren.

⁹ Die hohen Zahlen (115,5 Mrd. DM) nennt z.B. das Institut für Gesundheits-System-Forschung (IGSF) in Kiel (*Fritz Beske/Juliane Hübner*, Fremdleistungen in der gesetzlichen Krankenversicherung, 1996). Für die mittlere Größenordnung (50 bis 60 Mrd. DM) siehe *Otto G. Mayer*, FS Kantzenbach, 1996, S. 341 (344); *Achim Seffen*, *Der Arbeitgeber* 46 (1994), S. 458 (459); für die untere Größenordnung z.B. *Jan Boetius*, Einsparpotentiale in der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV), 1999, S. 3, der die Frage des Fremdlastcharakters der Familienmitversicherung indes offenläßt; *Michael Weller*, *ArbSozPol* 1996, Heft 5–6, S. 42 (43).

¹⁰ Zahlen nach *Bundesministerium der Finanzen*, *Der Finanzplan des Bundes 1999–2003*, 1999, S. 17 f. Nach den Haushaltsansätzen für 2000–2003 sollen die Zuschüsse zur Rentenversicherung nacheinander 82,4 Mrd. DM, 98,8 Mrd. DM, 98,8 Mrd. DM und 109,0 Mrd. DM betragen, zur knappschaftlichen Rentenversicherung nacheinander 14,3 Mrd. DM, 14,2 Mrd. DM, 14,0 Mrd. DM und 13,9 Mrd. DM. An die Bundesanstalt für Arbeit ist für das Jahr 2000 ein Zuschuß vom 9,85 Mrd. DM geplant. Zur Information: Das Gesamtvolumen rentenversicherungsrechtlicher Leistungen lag 1998 bei rund 310 Mrd. DM. Der Bundeszuschuß darf nicht mit den Erstattungen etwa nach §§ 291, 291 a, 291 b SGB VI oder nach § 15 AAÜG verwechselt werden. Siehe zu diesen Erstattungen unten S. 89 f.

senversicherung, ganz überwiegend als Kompensation für die in diesen beiden Versicherungszweigen bestehenden Fremdlasten gewertet werden, haben sich in den letzten beiden Jahren infolge der im Dezember 1997 beschlossenen Erhöhung des Bundeszuschusses zur Rentenversicherung¹¹ und infolge der Weiterleitung des Aufkommens aus der seit dem 1. April 1999 verwirklichten Ökologischen Steuerreform¹² an die Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten gegenüber früheren Jahren noch einmal erhöht. Es besteht Uneinigkeit darüber, ob diese erhöhten Bundeszuschüsse die tatsächlich bestehenden Fremdlasten nunmehr vollständig abdecken¹³.

Die allgemein gesehene Verbindung von Zuschüssen und Fremdlasten beruht wohl darauf, daß der Bundeszuschuß zur Rentenversicherung anläßlich der Rentenreform 1957 damit begründet worden ist, daß der Bund mit dieser Zahlung einen Zuschuß zu solchen Aufwendungen der Rentenversicherung leiste, die nicht Leistungen der Alterssicherung seien (so auch die Regelungen in § 1389 Abs. 1 RVO; § 116 AVG; § 128 Abs. 1 Reichsknappschaftsgesetz). Eine nähere Spezifizierung derjenigen rentenrechtlichen Leistungen, die der Gesetzgeber von 1957 nicht als solche der Alterssicherung ansah, erfolgte seinerzeit und danach jedoch nicht. Auch die jüngsten Erhöhungen der Bundeszuschüsse wurden nicht mit Fremdlasten, sondern mit den im internationalen Vergleich (zu) hohen Lohnnebenkosten in Deutschland begründet, die nicht weiter erhöht werden dürften, wenn die Arbeitslosigkeit nicht noch weiter steigen sollte. Die Praxis der Zuschüsse hatte jedenfalls in der Vergangenheit einen höchst unstetigen, bisweilen manipulativen, fast immer an der aktuellen Haushaltslage ausgerichteten Charakter. 1968 bis 1971, 1981 und 1983 wurden die Zuschüsse gekürzt, von 1973 bis 1975 gestundet, 1964 bis 1966 sowie

¹¹ Siehe § 213 Abs. 3 SGB VI i.d.F. des Gesetzes zur Finanzierung eines zusätzlichen Bundeszuschusses zur gesetzlichen Rentenversicherung vom 19.12.1997 (BGBl., I, S. 3121). Diese Erhöhung trug vornehmlich der Tatsache Rechnung, daß es anderenfalls zu einer wirtschafts- und sozialpolitisch unerwünschten weiteren Steigerung des Rentenbeitrags gekommen wäre, der mit 20,3 Prozent ohnehin schon auf einem Rekordniveau angekommen war. Der Umfang der Fremdlasten in der Rentenversicherung und deren Relevanz für die Höhe des Rentenversicherungsbeitrags wurde zwar erwähnt, war aber kein Schwerpunkt der politischen Diskussion. Vgl. zum Gesetzgebungsverfahren und zur Ausgestaltung des Zuschusses: *Detlev Geisler*, DAngVers. 1998, S. 105 ff.; *Frank Plate*, Bundesarbeitsblatt 1998, Heft 2, S. 35 (37 ff.).

¹² Gesetz zum Einstieg in die Ökologische Steuerreform (BGBl. 1999, I, S. 378); Gesetz zur Fortführung der Ökologischen Steuerreform (BGBl. 1999, I, S. 2432). Mit den Mehreinnahmen soll eine weitere schrittweise Absenkung der Sozialversicherungsbeiträge von 41,2 Prozent (1999) um einen Prozentpunkt bis zum Jahr 2003 herbeigeführt werden.

¹³ Aus dem Verband Deutscher Rentenversicherungsträger (VDR) heraus ist mit Blick auf die jüngsten Erhöhungen des Bundeszuschusses verlautbart worden, die Rentenversicherung erkenne an, „daß, nachdem Beiträge für die Kindererziehungszeiten gezahlt und einigungsbedingte Kosten erstattet werden, eine ordnungspolitisch richtige Finanzierung der nicht beitragsgedeckten Leistungen erreicht wurde. Damit hat unser langes Drängen Erfolg gehabt.“ (so *Erich Standfest*, DRV 1999, S. 325 [328]). Nimmt man die eigenen Berechnungen des VDR zum Maßstab, kann diese Aussage rechnerisch freilich nicht nachvollzogen werden.

1972 partiell durch Zuteilung von Bundesschuldbuchforderungen bzw. Bundesschatzbriefen erfüllt, 1985, 1991, 1992, 1998 bis 2000 erhöht¹⁴.

Durch das Rentenreformgesetz 1992 hat der Gesetzgeber dann einen Selbstregulierungsmechanismus durch die Verknüpfung der drei Faktoren Beitragssatz, Bundeszuschuß und Rentenanpassung eingeführt. Doch auch hier wurde es vermieden, irgendeinen Zusammenhang zwischen bestimmten Leistungen der gesetzlichen Rentenversicherung und dem steuerfinanzierten Bundeszuschuß herzustellen. In § 213 Abs. 1 SGB VI findet sich insoweit allein die Feststellung, daß der Bund einen Zuschuß zu den Ausgaben der Rentenversicherung leistet; eine exakte Verbindung dieses Zuschusses mit bestimmten Fremdlasten der Rentenversicherungsträger bleibt aus; es wird – anders als noch 1957 – noch nicht einmal gesagt, daß der Zuschuß etwas mit Leistungen zu tun hat, die nicht Leistungen der Rentenversicherung sind¹⁵. Seit Ende 1997 läßt eine neue Regelung in § 213 Abs. 3 SGB VI über den gebundenen Zuschuß nach § 213 Abs. 1 SGB VI eine weitergehende Zuschußgewährung zu, die „zur pauschalen Abgeltung nicht beitragsgedeckter Leistungen“ gezahlt wird. Ähnlich wie in der Rentenversicherung verhielt es sich in der Vergangenheit (und verhält es sich auch heute noch) mit den Bundeszuschüssen an die Bundesanstalt für Arbeit als Träger der Arbeitslosenversicherung (§§ 187, 188 AFG; §§ 354, 365 SGB III), die ebenfalls nicht bestimmten Leistungen bzw. Fremdlasten der Arbeitslosenversicherung zuordenbar sind.

Die fehlende Zuordenbarkeit ist freilich auch die Konsequenz daraus, daß die Bundeszuschüsse multifunktionelle Bedeutung haben und – wenn überhaupt – jedenfalls nicht allein dem (teilweisen) Ausgleich von Fremdlasten dienen. Ihnen kommt auch eine allgemeine, die Bundesgarantie (siehe Art. 120 Abs. 1 Satz 4 GG, §§ 20 SGB IV, 214 SGB VI, 365 SGB III) ergänzende Sicherungsfunktion für die Leistungs- und Funktionsfähigkeit des jeweiligen Sozialversicherungszweigs zu. Die Bundeszuschüsse bringen hier die Garantstellung und Haftung des Bundes als verantwortlicher Organisator der Sozialversicherung zum Ausdruck¹⁶.

¹⁴ Zur früheren Praxis siehe *Klaus Hoffmann*, DAngVers. 1982, S. 401 (403 ff.); *Wolfgang Schmidt/Jürgen Genzke*, in: Schulin, HS-RV, 1999, § 50, Rdn. 7 ff.

¹⁵ Siehe dazu z.B. die Übersichten zu Einnahmen und Ausgaben der Rentenversicherung, wie sie in den jährlichen Rentenversicherungsberichten der Bundesregierung erscheinen (Rentenversicherungsbericht 1996 auf BT-Drs.13/5370, S. 154, S. 156; Rentenversicherungsbericht 1997 auf BT-Drs.13/8300, S. 156, S. 158; Rentenversicherungsbericht 1998 auf BT-Drs.13/11290, S. 178, S. 180); Rentenversicherungsbericht 1999 auf BT-Drs. 14/2116, S. 19 f., S. 29, S. 62, S. 111 ff.

¹⁶ Die Neuregelung des Bundeszuschusses durch das Rentenreformgesetz 1992 soll – so die Gesetzesbegründung – sicherstellen, „daß sich der Bund an den Belastungen, die sich aus dem absehbaren Wandel der Bevölkerungsstruktur im Bereich der Rentenversicherung ergeben werden, angemessen mit zusätzlichen finanziellen Mitteln beteiligt“ (BT-Drs. 11/4124 vom 7.3.1989, S. 193).

B. Die wirtschaftspolitische Dimension

Neben der finanzpolitischen ist vor allem die wirtschaftspolitische Dimension des Fremdlastenproblems hervorzuheben. Die Schubkraft ergibt sich dabei aus seinem Kontext mit der Debatte um die Qualität des „Wirtschaftsstandortes Deutschland“¹⁷. Unter diesem Lemma werden verschiedene Einzelthemen fokussiert wie das zu geringe Wirtschaftswachstum in Deutschland, der Rückstand in Spitzentechnologien wie der Mikroelektronik oder Multimedia, die verbreitete Skepsis gegenüber Zukunftstechnologien (z.B. Biotechnologie), der geringer gewordene Aufwand für Forschung und Entwicklung, der starke Rückgang der ausländischen Direktinvestitionen in Deutschland, die als negativ eingeschätzten Standortfaktoren wie (Über-)Regulierung und (übermäßige) Bürokratie, ferner Überlegungen hinsichtlich der Höhe der Löhne und Gehälter und hinsichtlich ihrer Struktur (Lohndifferenzierung durch Öffnung der Flächentarifverträge) sowie Überlegungen zur Flexibilität und Länge der Arbeitszeiten, schließlich die hohe Staatsverschuldung und die hohe Belastung durch Steuern, Sozialversicherungsbeiträge und Sonderabgaben. Was diesen letzten Punkt angeht, ist die Diskussion freilich nicht neu: Vielmehr ist das Thema der Kosten der sozialen Sicherung und der damit verbundenen Belastungen für die Unternehmungen und für ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit so alt wie die Sozialversicherung selbst¹⁸. Seither flackerte das Thema periodisch immer wieder auf¹⁹.

¹⁷ Siehe zur Standortdebatte beispielhaft: *Gerhard Bäcker/Reinhard Bispink/Klaus Hofmann/Gerhard Naegele*, Sozialpolitik und soziale Lage in Deutschland, Bd. 1, 3. Auflage 2000, S. 82 ff., S. 88 ff.; *Lucas Bretschger*, Integration und langfristige Wirtschaftsentwicklung, 1997; *Juergen B. Donges/Johann Eekhoff/Walter Hamm/Wernhard Möschel/Manfred J. M. Neumann/Olaf Sievert*, Globalisierter Wettbewerb, 1998; *Ingomar Hauchler/Dirk Messner/Franz Nuscheler* (Hrsg.), Globale Trends 1998, 1997; *Oskar Lafontaine/Christa Müller*, Keine Angst vor der Globalisierung, 1998; *Hans-Peter Martin/Harald Schumann*, Die Globalisierungsfalle, 16. Auflage 1997; *Lester C. Thurow*, Die Zukunft des Kapitalismus, 1996. Zu den drei divergenten wirtschaftspolitischen Denkmodellen zur Bewältigung der Globalisierungsfolgen siehe *Hermann Butzer*, Freiheitsrechtliche Grenzen der Steuer- und Sozialabgabenlast, 1999, S. 25 ff.

¹⁸ Schon Bismarck betonte 1885 im Reichstag den engen Zusammenhang von Arbeitslosigkeit und Konkurrenzfähigkeit der Wirtschaft: „Wird die Industrie geschädigt, so ist der erste, der darunter leidet, der industrielle Arbeiter, weil ihm die Henne, die ihm die Eier legt, stirbt oder ausgeschlachtet wird. Es gibt keine größere Kalamität für die Arbeiter als der Niedergang der Industrie überhaupt, mag er herbeigeführt sein, auf welche Weise man will“ (RT-StenBer VI. LegPer 1. Session/Bd. 79/25.Sitzung vom 15.1.1885/S. 631). Siehe auch *Monika Breger*, Die Haltung der industriellen Unternehmer zur staatlichen Sozialpolitik in den Jahren 1878–1891, 1982, S. 56 f., S. 133 ff., S. 212 f.

¹⁹ Nachweise zu der insbesondere nach der Jahrhundertwende geführten Diskussion über die Belastung der deutschen Wirtschaft durch die neugeschaffene Sozialversicherung finden sich bei *Alois Egger*, Die Belastung der deutschen Wirtschaft durch die Sozialversicherung, 1929, S. 4 ff.

I. Der Nexus von Personalzusatzkosten, Sozialversicherungsbeiträgen und Fremdlasten

Die heutige Standortdiskussion, soweit sie die Facette der Abgabenbelastung von Bürgern und Unternehmen betrifft, speist sich ganz wesentlich aus der Höhe der den Arbeitgebern in Deutschland entstehenden Personalzusatzkosten (Lohnnebenkosten)²⁰. Diese beliefen sich im Jahre 1999 im westdeutschen *Dienstleistungssektor* (Großhandel, Einzelhandel, Kreditgewerbe, Versicherungsgewerbe) auf Prozentsätze zwischen 69,3 Prozent (Großhandel) und 102,7 Prozent (Kreditgewerbe) des Direktentgelts für geleistete Arbeit (Durchschnitt: 81,0 Prozent). Im westdeutschen *Produzierenden Gewerbe* lagen sie bei 81,6 Prozent (Ostdeutschland: 68,1 Prozent) des Entgelts für geleistete Arbeit. Mit diesen Zahlen steht Deutschland im internationalen Vergleich deutlich an der Spitze²¹, wobei allerdings die Wettbewerbswirkung durch die in Deutschland vergleichsweise hohe Wertschöpfung der Arbeit (mit der Folge günstigerer Lohnstückkosten²²) und durch vergleichsweise gute Werte bei den nichtpreislichen Wettbewerbskomponenten wie z.B. Produktqualität, Kundenservice und Lieferpünktlichkeit abgemildert wird.

Der wohl wichtigste Einzelfaktor der Personalzusatzkosten – und hier kommt nun wieder die Fremdlastenfrage ins Blickfeld – ist der Arbeitgeberanteil an den Sozialversicherungsbeiträgen, der sich ausweislich des jüngsten Sozialberichts der Bundesregierung²³ zuletzt auf insgesamt knapp 260 Mrd. DM belief²⁴. Das Gesamtvolumen der Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung ist dabei im letzten Jahrzehnt enorm angestiegen. Einen Anhalts-

²⁰ Siehe dazu: *Edmund Hemmer/Christoph Schröder*, IW-Trends 2/2000, S. 46 ff.; zu den Vorjahren: *Edmund Hemmer*, IW-Trends 1/99, S. 28 ff.; *ders.*, IW-Trends 1/98, S. 76 ff.; *ders.*, IW-Trends 1/97, S. 44 ff. Siehe ferner *Gustav Kucera/Ulrich Kornhardt*, Internationales Gewerbearchiv 39 (1991), S. 94 ff.

²¹ Weiteres Zahlenmaterial und Nachweise zur Diskussion bei *Hermann Butzer*, Freiheitsrechtliche Grenzen der Steuer- und Sozialabgabenlast, 1999, S. 17 ff., m.w.N.

²² Lohnstückkosten sind definiert als das Verhältnis von Lohnkosten aus unselbständiger Arbeit (Einkommen und Personalzusatzkosten) zum Bruttoinlandsprodukt. Sie spiegeln damit das Verhältnis der Arbeitskosten zur Arbeitsproduktivität wider. Steigen die Lohnstückkosten, sind stets Arbeitsplätze in Gefahr; entweder mittelbar über die Folgen eines verschärferten Preisanstiegs oder – bei fehlenden Überwälzungsmöglichkeiten – unmittelbar über verschlechterte Unternehmensrenditen, die zum Abbau unproduktiver Arbeitsplätze führen. Siehe dazu umfassender und weiterführend *Claus F. Hofmann*, Bundesarbeitsblatt 1996, Heft 11, S. 5 ff.

²³ Es wurde nur ein Extrakt dieses Berichts veröffentlicht (*Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung* [Hrsg.], sozialpolitische Informationen, Nr. 6 vom 31.3.1998). Dem Verfasser lag der vollständige Bericht vor.

²⁴ Der Sozialbericht 1997 nennt als Sozialabgaben-Belastung des Unternehmenssektors für 1997 insgesamt 352,72 Mrd. DM (Sozialbericht 1997, Übersicht 55, S. 433). Davon betragen die Leistungen für die Entgeltfortzahlung geschätzt 47,1 Mrd. DM, für die betriebliche Altersversorgung 28,1 Mrd. DM, für die Zusatzversorgung 13,8 Mrd. DM und für sonstige Arbeitgeberleistungen 4,4 Mrd. DM, also insgesamt (geschätzt) 93,4 Mrd. DM (Sozialbericht 1997, Übersicht 21 a, S. 361). Insgesamt werden zwei Drittel der Sozialleistungen im Rahmen

punkt für die Dynamik geben insoweit die Beitragssätze zu den Sozialversicherungen: Im Jahre 1960 betrug der Gesamtsozialversicherungsbeitrag erst 22,4 Prozent des beitragspflichtigen Entgelts²⁵, im Jahre 1980 32,4 Prozent, 1990 35,6 Prozent und 2000 (durchschnittlich²⁶) 41,0 Prozent des beitragspflichtigen Entgelts²⁷. Die Hälfte dieses Gesamtsozialversicherungsbeitrags entfällt auf die Arbeitgeber, die zudem noch die Beiträge zur Unfallversicherung und die Umlage für das Insolvenzgeld allein tragen.

Hohe und nicht abwälzbare Sozialversicherungsabgaben zeitigen vor allem aus gesamtwirtschaftlicher Perspektive unerwünschte Auswirkungen. Generell vermindern sie die Arbeitsnachfrage der Unternehmen und halten diese an, im Bereich personal- und deshalb lohnintensiver Fertigungsbereiche verstärkt zu rationalisieren. Sodann bringen hohe Sozialabgaben weniger rentable Unternehmen und Betriebe eventuell in Existenzgefahr, mit der Folge, daß durch Geschäftsaufgabe, Insolvenz oder Liquidation bzw. durch Verlagerung der Produktion ins Ausland²⁸ weitere Arbeitsplätze in Deutschland vernichtet werden²⁹. Mit beiden Entwicklungstendenzen verbunden ist ein Steuerausfall und ein Ausfall von Sozialversicherungsbeiträgen³⁰, denen substituierende Sozialleistungen an die Arbeitnehmer gegenüberstehen. Dauerhaft

der gesetzlichen Sozialversicherungen erbracht (1997: 65,2 Prozent) und (nur) ein Drittel als steuerfinanzierter Transfer (Sozialbericht 1997, Übersicht 51, S. 427).

²⁵ 1960 lagen die Beitragssätze zur Rentenversicherung bei 14,0 Prozent, zur Arbeitslosenversicherung bei 2,0 Prozent und zur Krankenversicherung bei durchschnittlich 6,4 Prozent.

²⁶ Alle Zahlen berücksichtigen nicht die (alleinigen) Arbeitgeberanteile zur Unfallversicherung (1,1 Prozent) und zum Insolvenzgeld (0,16 Prozent). Die einzelnen Beitragssätze betragen Mitte 2000 in der Rentenversicherung 19,5 Prozent (bis 1.4.1999: 20,3 Prozent), in der Krankenversicherung durchschnittlich 13,5 Prozent, in der Arbeitslosenversicherung 6,5 Prozent und in der Pflegeversicherung 1,7 Prozent.

²⁷ 1990: 35,6 Prozent; 1991: 36,7 Prozent; 1992: 36,7 Prozent; 1993: 37,4 Prozent; 1994: 38,9 Prozent; 1995: 39,3 Prozent; 1996: 40,2 Prozent; 1997: 42,0 Prozent; 1998: 42,1 Prozent; 1999: 41,4 Prozent. Zahlen nach *Sachverständigenrat* zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, JG 1996/97, S. 224, Ziffer 376, sowie für 1998 bis 2000 nach *Edmund Hemmer/Christoph Schröder*, *IW-Trends* 2/2000, S. 46 (55).

²⁸ Kapitalinvestitionen im Ausland dienen aber auch der Steuerverringerung. Möglichkeiten der Gewinnverlagerung ergeben sich insoweit nicht nur durch die Sitzverlegung, sondern zum Beispiel auch durch konzerninterne Verrechnungspreise (Transfer Pricing) für Vorleistungen aus einem Niedrigsteuerland, die möglichst hoch angesetzt werden, oder durch Kreditbeziehungen mit Hilfe von steuerbegünstigten ausländischen Finanzierungsgesellschaften.

²⁹ Die Abwanderung manifestiert sich an den deutschen Direktinvestitionen im Ausland. Diese beliefen sich im Jahr 1998 auf 146,4 Mrd. DM, gegenüber ausländischen Direktinvestitionen in Deutschland von 35,0 Mrd. DM (Quelle: Informationsdienst des Instituts der deutschen Wirtschaft 1999, Nr. 34, S. 3). Freilich dienen diese Beträge nicht nur der Verlagerung von Produktionsstätten, sondern auch der Markterschließung und Marktsicherung sowie der Vermeidung von Wechselkursrisiken.

³⁰ Der Verband der Vereine Creditreform schätzte z.B. die Höhe der Insolvenzschäden einschließlich der öffentlichen Mindereinnahmen (Steuer- und Beitragsausfälle in der Sozialversicherung) für 1997 auf etwa 65 Mrd. DM, nach 62 Mrd. DM im Jahr 1996. Siehe FAZ vom 28.11.1997.

Sachverzeichnis

Die nachfolgenden Stichworte enthalten zum Teil eine versicherungszweigmäßige Zuordnung. Soweit dies der Fall ist, bedeuten die Zusätze folgendes: AV (= Arbeitslosenversicherung, Arbeitsförderung), KV (= Krankenversicherung), PV (= Pflegeversicherung), RV (= Rentenversicherung), UV (= Unfallversicherung).

- Abgabe *s. Sonderabgabe oder Sozialversicherungsbeitrag*
- Abhängige Beschäftigung/abhängig Beschäftigter 304, 627
- Abstandsgebot zwischen Versicherungsleistungen und Sozialhilfe 533 f.
- Abwälzbarkeit (von Arbeitgeberbeiträgen) 14 f., 346 f. (Fn. 113), 349, 563 (Fn. 775), 582 (Fn. 809), 588 f., 632
- Äquivalenz *s. Beitrags-, Gesamt-, Global-, Gruppen-, Individual-, kollektive, Kosten-, Nutzen-, Prämien- oder Teilhabeäquivalenz*
- Agendarische Grenzen bei der Aufgabenübertragung an den Träger 452 ff.
- Akzeptabilität (des Sozialversicherungssystems) 18
- Alimentationsverpflichtung des Staates gegenüber Beamten 191
- Allgemeine Handlungsfreiheit (Art. 2 Abs. 1 GG)
- Bedeutung für die Verfassungsmäßigkeit der Pflichtmitgliedschaft 323 ff.
 - Rechtfertigung der Beitragserhebung dem Grunde nach 559
 - Rechtfertigung der Beitragserhebung der Höhe nach 560 f.
 - Stellenwert als Auffangnorm bei der Prüfung des Beitragseingriffs 338 f.
 - Verhältnis zum Eigentumsgrundrecht 338
- Allgemeines Lebensrisiko *s. Risikobegriff*
- Altersrenten vor dem 65. Lebensjahr (RV) 58, 64, 77, 232
- Anfechtungsklage (§ 54 SGG) 672 ff., 676 f.
- Angestellten-Rentenversicherung 5 f., 58, 65, 77, 86, 115, 156, 238, 242, 245, 248, 303 ff., 312 f., 416, 418, 420 f., 442 ff., 446, 449, 604, 639
- Angestellter als Archetypus sozialversicherter Personenkreise 442 ff.
- Annexkompetenz *s. Gesetzgebungskompetenz*
- Anrechnungszeiten (RV) 49, 58, 63, 76 f., 233, 522, 555, 652 (Fn. 8)
- Anspruchstheorie (W. Kaskel) 214
- Anstaltliche Organisation der Sozialversicherungsträger 244 ff.
- Anwartschaften
- Anwartschaftszeit (AV) 16 (Fn. 43), 191 (Fn. 262), 206 (mit Fn. 314)
 - Dogmatische Herleitung 518 ff.
 - Eigentumsschutz 18 (Fn. 46), 51 (Fn. 73), 279 ff., 400, 517, 522 ff., 530 ff.
 - Verkürzungen *s. Eigentumsgrundrecht beim Zugriff auf sozialversicherungsrechtliche Positionen*
 - Voraussetzungen im Verfassungsrecht 520 f.
 - Voraussetzungen im Zivilrecht 522 f. (Fn. 602)
 - Wartezeit (RV) *s. dort*
- Anwartschaftsdeckungsverfahren *s. Kapitaldeckungsverfahren*
- Arbeiter als Archetypus sozialversicherter Personenkreise 438 ff.
- Arbeiterversicherung 114
- Arbeitgeberbeitrag/-anteil
- Abwälzbarkeit der Arbeitgeberbeiträge 14 f., 346 f. (Fn. 113), 349, 563 (Fn. 775), 582 (Fn. 809), 588 f., 632
 - Beteiligung an der Finanzierung als Typusmerkmal von „Sozialversicherung“ 171, 295 ff., 315, 576
 - Einwand des nachträglichen Hineinlesens einer Fürsorgepflicht 129, 583 f.

- Entbehrlichkeit einer verfassungsrechtlichen Rechtfertigung aufgrund ökonomischer Betrachtung 586 ff.
- Finanzielle Größenordnungen 9 f.
- Rechtfertigung der Zahlspflicht der sonstigen Beteiligten s. *Beteiligter*
- Rechtfertigung vor Art. 3 Abs. 1 GG dem Grunde nach 596 ff.
- Rechtfertigung vor Art. 3 Abs. 1 GG der Höhe nach 633 ff.
- Rechtfertigung vor den Freiheitsrechten dem Grunde nach 631
- Rechtfertigung vor den Freiheitsrechten der Höhe nach 631 ff.
- Relevanz (fehlende) für die Fremdstenproblematik 578
- Sondersituation in der Unfallversicherung 579 f.
- Steuerrechtliche Betrachtung 589 ff.
- Traditionsargument 582 f.
- Verbindung zur Beteiligung an sozialen Selbstverwaltung 255 f., 297, 591
- Arbeitnehmerversicherung für Notlagen als Typusmerkmal von „Sozialversicherung“ 170, 302 ff.
- Arbeitsförderung s. *Arbeitslosenversicherung*
- Arbeitslosenhilfe 5 (Fn. 8), 90, 160 (Fn. 150), 190 (Fn. 259), 256 (Fn. 469), 313, 456 f., 524, 533 (Fn. 660), 640 f.
- Arbeitslosenversicherung/Arbeitsförderung
 - Aktive Arbeitsmarktpolitik, Fremdstencharakter 70, 72, 500
 - Arbeitslosengeld, Höhe 206, 234 f., 453 f., 457, 516, 523, 525, 552, 555, 645
 - Arbeitsvermittlung und Berufsberatung 46, 71, 73 f., 140 f., 156, 238 f., 648 (Fn. 3)
 - Berufliche Fortbildung 46, 71, 74, 404, 688
 - Fluktuationsarbeitslosigkeit, Leistungen bei 71, 188, 500
 - Insolvenzgeld 10, 125, 240 (Fn. 401), 593 (Fn. 839)
 - Konjunkturelle Arbeitslosigkeit, Leistungen bei 71, 76, 188, 500
 - Kürzung des Arbeitslosengelds wegen Wiedervereinigungslasten 50 f., 57, 672 f.
 - Kurzarbeitergeld 5 (Fn. 8), 230 f. (Fn. 383), 523
 - Leistungen an Nichtversicherte 46, 70 f., 73 f., 352, 648 (Fn. 3)
 - Mobilitätshilfen 71, 74, 237, 648 (Fn. 3)
 - Rehabilitandenförderung 71
 - Schätzbarkeit der Risiken 187 ff.
 - Sofortprogramm gegen Jugendarbeitslosigkeit 90, 94 f.
 - Sprachförderung 71, 74, 90, 238
 - Strukturelle Arbeitslosigkeit, Leistungen bei 71, 76, 188
 - Trainingsmaßnahmen 71, 74, 238, 648 (Fn. 3)
 - Wintergeld 125, 240 (Fn. 401), 593 (Fn. 839)
- Arbeitsmarktbedingte Rentenleistungen (RV) 64, 74, 77, 238
- Arbeitsvermittlung (AV) 46, 71, 73 f., 140 f., 156, 238 f., 648 (Fn. 3)
- Aufgabenbestimmung der Träger anhand des § 30 SGB IV 82 ff.
- Aufsicht (Rechts- und Fachaufsicht) über Träger 88 (Fn. 25), 102, 247, 252, 245 (Fn. 416), 486, 659, 671, 691, 692
- Auftraggeber von Heimarbeitern und Hausgewerbetreibenden 77 f., 237, 258 f., 286, 322, 585, 615 ff., 623
- Auftragsangelegenheiten der Sozialversicherungsträger 84
- Ausfallzeiten s. *Anrechnungszeiten*
- Ausgleichsabgaben 125, 277 (Fn. 535)
- Ausgliederung von Fremdsten, fiskalische und institutionelle 12 f., 39, 645 f.
- Ausschlussregelungen für Leistungen 505, 512 f.
- Auszubildende, Einbeziehung 446, 448
- Bedarfsdeckungsfunktion von (Sozial-) Versicherung 191 ff., 239, 555, 648
- Bedarfsdeckungstheorie (U. Gobbi, A. Manes) 191 ff., 195 f.
- Bedeutungsinhalt/Intension von „Fremdstenlast“ 44 f.
- Bedeutungsumfang/Extension von „Fremdstenlast“ 44 f.
- Begriffshof/Begriffskern 174
- Begriffsunklarheiten bei „Fremdstenlast“
 - Bestimmtheit (mangelnde) 32 ff.
 - Extension 44 f.
 - Intension 44 f.
 - Konnotationen 37 ff.
 - Konstanz (mangelnde) 33
 - Nominaldefinitionen, streitige 36 ff.
 - Realdefinition (eigene) 92, 98, 104, 572, 642 f.
 - Verwendung (mehrdeutige) 34 f.

- Behinderte
- Förderung der beruflichen Eingliederung (AV) 71, 237
 - Frühbehinderte, Einbeziehung (KV, PV, RV) 67, 68, 73, 299, 449, 451, 498, 651 (Fn. 6)
 - In Heimarbeit oder in Werkstätten tätige, Einbeziehung (KV, PV, RV) 67, 73, 299, 446, 449, 451, 498, 606, 633, 619 (Fn. 937), 651 (Fn. 6)
 - Kostenerstattung für DDR-Invalidentrenten (§ 302 a SGB VI) 89
- Beitrag *s. Sozialversichererbeitrag, Arbeitgeberbeitrag oder Beteiligtenbeitrag*
- Beitrag nach Einkommen 199, 205 f.
- Beitragsäquivalenz 203, 208, 356 f.
- Beitragsbemessungsgrenzen 12, 13, 16, 63, 205, 220, 233, 332, 363 f., 431, 437 (Fn. 355), 441, 495, 502, 621, 669, 677
- Beitragerhebung *s. Sozialversichererbeitrag, Arbeitgeberbeitrag oder Beteiligtenbeitrag*
- Beitragsätze zur Sozialversicherung
- Auswirkungen auf Wirtschaftsstandort 9 ff.
 - Berechnung 676
 - Größenordnungen, Anstieg 10, 431
 - Unterschiede infolge gegliederten Systems 138 f., 241 f., 422, 565, 567 ff.
 - Verfassungsgrenzen unterschiedlicher Beitragssatzbelastungen 568 ff.
- Beitragstragung, Rechtfertigung unterschiedlicher Regelungen 566 f., 633 ff.
- Beitragsverweigerungsrecht 671, 688
- Berufsberatung (AV) 46, 71, 73 f., 140 f., 156, 238 f., 648 (Fn. 3)
- Berufsgrundrecht (Art. 12 Abs. 1 GG)
- Berufsbezug der gesetzlichen Regelung 351
 - Grundrechtsgefährdung (bei Arbeitgebern) 632
 - Merkmal der „objektiv berufsregelnden Tendenz“ 349 f.
 - Rechtfertigung der Beitragerhebung dem Grunde nach 559
 - Rechtfertigung der Beitragerhebung der Höhe nach 560 f.
- Berufsständische Versorgungseinrichtungen
- Alternative zur Sozialversicherung 14, 265, 331, 501 f.
 - Gesetzgebungskompetenz 118 f., 178
- Gruppenhomogenität der Mitglieder 430, 432, 444 f.
- Bestandsschutzleistungen für DDR-Renten (RV) 63
- Beteiligten-Beitrag (zur [Finanzierung der] Sozialversicherung)
- Beispielgruppen 257 ff., 615 ff.
 - Enges Begriffsverständnis 260 ff., 262, 263 ff., 577
 - Rechtfertigung der Beteiligung der Arbeitgeber *s. Arbeitgeber*
 - Rechtfertigung des Beitrags vor Art. 3 Abs. 1 GG dem Grunde nach 615 ff.
 - Rechtfertigung des Beitrags vor Art. 3 Abs. 1 GG der Höhe nach 633 ff.
 - Rechtfertigung des Beitrags vor den Freiheitsrechten dem Grunde nach 631
 - Rechtfertigung des Beitrags vor den Freiheitsrechten der Höhe nach 631 ff.
 - Umfang der Beitragstragung 300 f.
 - Vorzugswürdigkeit des weiten Begriffsverständnisses 292 ff.
 - Weites Begriffsverständnis 258 ff., 262, 282 ff., 576 f.
- Beteiligten-Unterlassungsklage *s. Unterlassungsklage*
- Bewegliches System (W. Wilburg) 162
- Brundtland-Bericht 541
- Bundesanstalt für Arbeit, organisationsrechtliche Einordnung 246
- Bundesaufsichtsamt für das Versicherungswesen 199 (Fn. 296), 200 (Fn. 298), 200 f.
- Bundessozialgericht
- Allgemeine Rechtsprechung zur Fremdlastenübertragung 52 ff.
 - Drittes (in 2001 rechtshängiges) Fremdlastenverfahren 20 (Fn. 5), 705
 - Erstes Fremdlastenteil (BSG SozR 2200, § 1385 RVO, Nr.16) 55 f., 101, 671, 677 ff.
 - Gemeindebeihilfeanspruch einer AOK (BSGE 34, 177; E 47, 148) 53 ff.
 - Unfallrenten nach § 54 BVG (BSGE 25, 243) 52 f.
 - Zweites Fremdlastenteil (BSGE 81, 276) 20 ff., 58 f., 101, 294 f., 408 (Fn. 294), 656, 673, 677 ff.
- Bundesverfassungsgericht
- Allgemeine Rechtsprechung zur Fremdlastenübertragung 46 ff.
 - AOK-Kassenbezirksentscheidung (BVerfGE 39, 302) 136 ff., 252 ff.

- Beschluß zu § 113 AVG (BVerfGE 14, 312) 609 ff.
- Kindergeld-Urteil (BVerfGE 11, 105) 155 ff., 302
- Künstlersozialversicherungs-Beschluß (BVerfGE 75, 108) 178 f., 259 f., 261, 269, 272, 294 f., 348, 411, 425 ff., 624 ff.
- Pflichtversicherung der Landwirte (BVerfGE 44, 70) 332, 429 ff., 432 f.
- Schwangerschaftsabbruch auf Krankenschein (BVerfGE 67, 26; E 78, 320) 662 ff., 664 f.
- Bundesverfassungsgerichtspositivismus 153
- Bundeswehr 130, 133, 134
- Bundeszuschüsse bzw. Reichszuschüsse
 - Abgrenzung zu Erstattungen 309, 636 f.
 - Abgrenzung zu Eventualzuschüssen 309 f.
 - Arbeiter- und Angestellten-Rentenversicherung als Empfänger 5, 311 f., 638
 - Arbeitslosenversicherung als Empfänger 5, 312 f., 638
 - Freiwillige Zuschüsse 638, 639 f.
 - Garantienstellung und Garantiehftung des Bundes 7, 53 f., 309 f., 638
 - Größenordnungen 5 f., 298 ff., 311 ff., 636
 - Höchstmaß an Zuschüssen 639 ff.
 - Intramurale Umverteilung 235 f., 424 f.
 - Knappschaftliche Sozialversicherung als Empfänger 635 (Fn. 970), 641
 - Kompetenznorm (Art. 120 Abs. 1 Satz 4 GG oder Art. 104a Abs. 1 GG) 310, 638 f.
 - Künstlersozialversicherung als Empfänger 621
 - Landwirtschaftliche Sozialversicherung als Empfänger 5, 236, 308, 641
 - Typusmerkmal von „Sozialversicherung“ 171, 236, 307 ff.
 - Zuordenbarkeit zu Fremdsten, fehlende 7, 636, 646
- Bunte Beschäftigungsverhältnisse 627
- Checkliste zur Bestimmung „eigener“ und „fremder“ Aufgaben der Träger 642 ff.
- Dimensionale Grenzen bei der Aufgabenübertragung an den Träger 508 ff.
- Dispositionsfreiheit der Sozialversicherten 503, 530 f.
- Drei-Säulen-Theorie der Alterssicherung 502
- Dynamisierung der Rente 532, 554 (Fn. 751)
- Eigene Aufgaben der Träger 83
- Eigenfinanzierungsquote (RV) 357 (Fn. 142), 528 f. (Fn. 636) *s. auch Rendite der Beiträge*
- Eigennützige Beiträge der Versicherten
 - Aufspaltung und Fallgruppenbildung 358 f.
 - Quantifizierungsproblem 357 f.
 - Rechtfertigung von Ungleichbehandlungen 359 ff.
- Eigentumsgrundrecht bei der Erhebung von Sozialversicherungsbeiträgen (Art. 14 Abs. 1 GG)
 - Ausklammerung der Steuer- und Abgabenerhebung durch 1.Senat des BVerfG 337 f., 343 f., 665
 - Erdrosselung durch Abgabenlasten 48, 56, 337 f.
 - Gegenentwürfe zur Rechtsprechung des 1.Senats 341 ff.
 - Gleichbeurteilung des Steuer- und Beitragseingriffs 345 f.
 - Halbteilungsgrundsatz 344, 517, 563 f.
 - Konfiskation 337, 340
 - Neuorientierung durch 2.Senat (BVerfGE 93, 121; E 93, 165) 343 ff.
 - Rechtfertigung der Beitragserhebung dem Grunde nach 559
 - Rechtfertigung der Beitragserhebung der Höhe nach 560 f.
- Eigentumsgrundrecht beim Zugriff auf sozialversicherungsrechtliche Positionen
 - Auflistung eigentumsgeschützter Positionen 521 ff.
 - Enteignung sozialversicherungsrechtlicher Positionen 526
 - Erfüllbarkeit und Ausweichmöglichkeiten des Gesetzgebers 534 f.
 - Erwerbsberechtigungen 520, 530 (Fn. 643)
 - Faktisches Leerlaufen des Eigentumschutzes 527 f.
 - Grenzen zulässiger Einwirkungen 533 f.
 - Inhaltsbestimmung sozialversicherungsrechtlicher Positionen 17, 51, 206 f., 526
 - Rechtfertigung von Einwirkungen 527 ff.
 - Rechtsprechungsentwicklung und sachliche Begründung 518 ff.

- Sozialversicherungsträger als „Treuhand-der“ der Eigentumsrechte der Versicherten? 660
- Überlegungen zu einer Bereichsdogmatik 528 ff.
- Voraussetzungen für Gewährung des Eigentumsschutzes 520 f.
- Eigenverantwortung *s. Selbstverantwortungsprimat*
- Einheit der Verfassung 130
- Einmalzahlungen 552 f.
- Einschätzungsprärogative des Gesetzgebers 331, 395, 397, 423, 436, 452, 535 f., 557
- Einzugsstelle/Einzugsstellenverfahren 575, 668 ff.
- Empfängnisverhütung (KV) 66, 75, 77, 194, 494, 505, 514, 647 (Fn. 2)
- Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall 9 (Fn. 24), 297, 346 (Fn. 112)
- Entgeltlichkeit (Merkmal von „Versicherung“) 190, 210, 640
- Entgeltpunkte (RV) 17 f., 63, 206, 233 f.
- Entstehungsgeschichte des Art. 74 Abs. 1 Nr. 12 GG 156 ff.
- Entwicklungshelfer, Einbeziehung 620
- Erdrosselung (durch Abgabenlasten) 48, 56, 337 f.
- Erkenntnisinteressen (der Untersuchung) 24, 106 f., 653 f.
- Ersatzzeiten (RV) 58, 62, 77, 233, 522, 555
- Erscheinungsbild-Vergleich *s. Typus*
- Erstattungen *s. Kostenerstattungen*
- Ertragshoheit des Sozialversicherungsträgers 126, 257, 261, 289, 290, 294, 296, 320, 576, 649
- Erziehungsurlaub, beitragsfreie Versicherung (KV, PV) 66, 68, 73, 445 f.
- Erwerbsberechtigung (RV) 520, 530 (Fn. 643)
- Europarechtliche Vorgaben für die Fremdlastenfrage 101, 219 f.
- Evangelische Sozialethik 463 (Fn. 433)
- Eventualzuschüsse 309 f.
- Explikation (von „Fremdlast“) 42 ff.
- Extension (von „Fremdlast“) 44 f.
- Extramurale Umverteilungen 237 ff., 419 ff., 648 f.
- Fahrkosten zum Arzt (KV) 66, 75, 297, 352, 505, 515
- Familienförderung
 - Familienlastenausgleich/Familienleistungsausgleich (RV) 63, 365 f., 440, 450
 - Familienmitversicherung (KV, PV) 5, 66, 68, 73, 99, 230 f., 240, 358, 439 f., 450, 511, 645, 690
 - Förderungspflicht des Staates 365
 - Geborene Solidargemeinschaft 377 f.
 - Kindererziehungszeiten (RV) 6 (Fn. 13), 58, 63, 76, 89, 233, 440, 545 (Fn. 701), 652 (Fn. 8)
 - Kindergeld, steuerliches *s. dort*
 - Feststellungsinteresse bei der Feststellungsklage gegen Fremdlasten 669 f.
 - Feststellungsklage (§ 55 SGG) 667 ff.
 - Finanzausgleiche/Risikostrukturausgleich
 - Krankenversicherungsträger 67, 77, 241 f., 420 ff.
 - Landwirtschaftliche Sozialversicherungsträger 65, 77, 242
 - Pflegekassen 68, 77, 242, 420 f.
 - Rentenversicherungsträger 65, 77, 242, 420 f.
 - Unfallversicherungsträger 69, 77, 241, 420 f.
 - Finanzierungsweise (durch „Beiträge“) als Typusmerkmal von „Sozialversicherung“ 170, 256 ff.
 - Finanzmonopole 130, 133, 134
 - Finanzpolitische Dimension der Fremdlastenproblematik
 - Verbindung mit Bundeszuschüssen 5 f.
 - Zahlenmaterial 4 ff.
 - Finanzrechtlicher Beitrag 278 ff.
 - Finanzverfassungsrechtliche Kompetenzen 263 ff., 283 ff., 436
 - Firmenabzugsverfahren *s. Einzugsstelle*
 - Fiskalische Ausgliederung von Fremdlasten 12 f., 39, 646
 - Fortbildung, berufliche (AV) 46, 71, 74, 404, 688
 - Freiheitsrechtlicher Rechtfertigungsbedarf der Beitragserhebung 337 ff.
 - Eingriff in Berufsfreiheit 347 ff.
 - Eingriff in Eigentumsgrundrecht 340 ff.
 - Eingriff in wirtschaftliche Betätigungsfreiheit 337 ff.
 - Fremdlast/-en
 - Arbeitslosenversicherung 70 ff.
 - Begriffunklarheiten *s. dort*
 - Finanzpolitische Dimension 4 ff.
 - Forschungsstand 21 f., 32 ff., 46 ff.
 - Gründe für Fremdlastenproblem 22 f.
 - Gruppenbildung möglicher Fremdlasten 72 ff.
 - Krankenversicherung 66 f.

- Nichtexistenz, These von der 59 ff.
- Nominaldefinitionen, streitige 36 ff.
- Pflegeversicherung 67 ff.
- Realdefinition (eigene) 92, 98, 104, 572, 642 f.
- Rentenversicherung 62 ff.
- Sozialpolitische Diskussion 14 ff.
- Unfallversicherung 69
- Wirtschaftspolitische Dimension 8 ff.
- „Fremdleistungen“ (Ausdruck) 35, 92
- Fremdnützige Beiträge von Versicherten
 - Aufspaltung und Fallgruppenbildung 358
 - Quantifizierungsproblem 357 f.
 - Rechtfertigung der Ungleichbehandlung 361 ff.
 - Rechtfertigung durch Finanzbedürfnisse 429 ff., 432 f.
- Fremd(personen)nützige Sozialversicherungsabgaben 262, 270
- Fremdrentengesetz (RV, UV) 58, 69, 74, 76, 580, 648 (Fn. 3)
- Fremdrentenlast (UV) 46 f., 48, 568
- Frühbehinderte *s. Behinderte*
- Fürsorge, Gesetzgebungskompetenz 103, 122, 124, 134, 151, 156 f., 176, 190, 219, 253, 256, 300 f., 317 f.
- Fürsorgepflicht des Arbeitgebers
 - Abgrenzung zur Obsorgepflicht des Quasi-Arbeitgebers 621 f.
 - Althergebrachtheit 583 f.
 - Deutung im Beschluß zu § 113 AVG (BVerfGE 14, 312) 609 ff., 612 ff.
 - Deutung im Kindergeld-Urteil (BVerfGE 11, 105) 607 ff., 612 ff.
 - Dogmatische Funktion 127, 129, 424, 581, 583 f.
 - Rechtliche Fundierung und Inhalt 598 ff.
 - Terminologie 596 ff.
 - Verbindung zur Grundpflichtendiskussion 629 ff.
 - Wirkungsbereich nur in konkreter Arbeitgeber-Arbeitnehmer-Beziehung 601 ff.
- Fürsorgeprinzip (allgemein) 34, 439, 501
- Fürsorgerisches Prinzip in der Sozialversicherung *s. Sozialer Ausgleich*
- Fürsorgetheorie (H. Rosin) 213 f.
- „Funktionsgerechte Leistungen“ (Ausdruck) 37, 92
- Gang (der Untersuchung) 24 ff.
- Garantiehafung des Bundes für Sozialversicherung 7, 53 f. 309 f., 638
- „Gattung“ (Begriff) 160 f.
- Gattungsbegriff „Sozialversicherung“ (BVerfG) 155 ff.
- Gattungstypus, relativer 174
- Gebühr 269, 274, 280, 360
- Gefahr der Risikoverwirklichung (Merkmal von „Versicherung“) 186
- Gefahrengemeinschaftstheorie (E. Bruck) 185
- Gefahrklassen 203, 205 (Fn. 311), 208, 579
- Gefahrtarife 579
- Gegliedertes System 137 ff., 240 f., 252 ff., 502, 506, 568
- Gemeinlast 37, 77, 264, 265, 334, 363, 423, 564, 568
- Gemeinsame (paritätische) Lastentragung als Typusmerkmal von „Sozialversicherung“ 295 ff.
- Gemeinwohlintressen 328, 380, 398, 430, 472, 527, 561, 630, 691 f.
- Generationengerechtigkeit 352, 509, 534 ff., 540 ff., 557
- Generationenvertrag 235, 536, 542
- Generativer Beitrag 366, 440, 545 (Fn. 701)
- Generelle Prämie 202 f.
- Gerechte Prämie 203 f.
- Gerichtsreferendare 448
- Geringfügig Beschäftigte, Einbeziehung (KV, RV) 11, 73, 180, 349, 417, 447, 606
- Gesamtäquivalenz 202
- Gesamtleistungsbewertung (RV) 18
- Gesamtsozialversicherungsbeitrag 10, 297 (Fn. 581), 334, 349, 431, 543, 587, 589, 590, 604, 615, 635
- Gesellschaftsvertrag (Staatstheorie) 381
- Gesetzgebungskompetenz als Annexkompetenz 123
- Gesetzgebungskompetenz aufgrund Sachzusammenhangs 123
- Gesetzgebungskompetenzen des Grundgesetzes
 - „Das Recht der Wirtschaft“ 100 (Fn. 50), 122, 134, 318 (Fn. 664)
 - „Die öffentliche Fürsorge“ 103, 124, 151, 176, 190, 253, 256, 301, 317
 - Finanzverfassungsrechtliche Kompetenzen 263 ff., 283 ff., 436
 - Kriessopferversorgung 103, 124, 151, 176, 256
 - „Privatrechtliches Versicherungswesen“ 102, 122 (Fn. 38), 151, 176, 219, 244

- „Sozialversicherung einschließlich der Arbeitslosenversicherung“ *s. Gesetzgebungskompetenz für Sozialversicherung*
- „Versorgung im Öffentlichen Dienst“ 103, 124, 151, 176, 190, 256
- Gesetzgebungskompetenz für „Sozialversicherung einschließlich der Arbeitslosenversicherung“
 - Entstehungsgeschichte 156 ff.
 - Formell-sachlicher Gehalt 120 ff., speziell hinsichtlich der Erhebung von Sozialversicherungsbeiträgen 123 ff., 170
 - Formell-zuweisender Gehalt 118 ff.
 - Gattungsbegriff (BVerfGE 11, 105) 155 ff.
 - Grenzfälle des formell-sachlichen Regelungsumfanges 122
 - Leitlinien für Interpretation 109 ff.
 - Materiell-rechtlicher Gehalt des Art. 74 Abs. 1 Nr.12 GG *s. dort*
 - Postkonstitutionelles Sozialversicherungsrecht 645 ff.
 - Präkonstitutionelles Sozialversicherungsrecht 112 f.
 - Primäre Typusmerkmale von Sozialversicherung 168 ff., 180 ff.
 - Sekundäre Typusmerkmale von Sozialversicherung 170 f., 301 ff.
 - Typusbegriff der Sozialversicherung 159 ff.
 - Versicherungsnatur der Sozialversicherung 212 ff.
- Gesetzgebungskompetenz für sozialversicherungsrechtliche Sonderabgaben
 - Abgabe nach § 113 AVG, § 172 Abs. 1 SGB VI, § 346 Abs. 3 SGB III 124 f., 607 ff., 612 f.
 - Abgabe nach §§ 209 ff., 354 ff. SGB III 125, 593
 - Abgabe nach §§ 183 ff., 358 Abs. 1, 359 SGB III 126, 593
 - Abgabe nach §§ 9,10 KGG (1954-1964) 607 ff., 613 f.
- Gesetzgebungskompetenz kraft Natur der Sache 123
- Gestaltungsfreiheit des Gesetzgebers 24, 116, 120, 335, 452 f., 509, 535 f., 557, 654
- Gleichartigkeit der Gefahren (Merkmal von „Versicherung“) 189, 210
- Gleichbehandlung in der Zeit 540
- Gleichheitsrechtliche Fragen der Beitragserhebung bei den Versicherten *s. auch „Arbeitgeberbeitrag“ und „Beteiligten-Beitrag“*
 - Relevanzbereiche 333 f.
 - Staatsbürgerliche und unterstaatliche Solidarität 406 ff.
 - Verhältnis zu Freiheitsrechten 353 f.
 - Willkürformel und Neue Formel 335
- Globaläquivalenz 201 ff., 562 f., 661
- Grundpflichten 385, 388, 629 ff.
- Grundrechtsfähigkeit juristischer Personen 657 ff.
- Grundrechtsgefährdungen 537 f., 632
- Gruppenäquivalenz 203, 208
- Gruppenhomogenität von Versicherten mit Arbeitgebern bzw. mit sonstigen Beteiligten (fehlende) 593 ff.
- Gruppenhomogenität von Versicherten mit Nichtversicherten (fehlende) 413, 418 ff., 425
- Gruppenhomogenität von Versicherten untereinander
 - Abgrenzbarkeit der gesellschaftlichen Gruppe 381, 410 ff., 432
 - Gruppeninterne und gruppenexterne Homogenität 416 f., 428, 441 f.
 - Homogenität (gruppeninterne) 379, 381, 409, 649 f.
 - Innere Verbundenheit der Gruppenmitglieder/„Wir“-Gefühl 379, 412 f.
 - Unterschied zur allgemeinstaatlichen Homogenität 413
 - Vereinbarkeit mit Künstlersozialversicherungsbeschluß 427 ff.
 - Vereinbarkeit mit Urteil zur Pflichtversicherung der Landwirte 429 ff.
- Verfassungsrechtliche Problemzonen der Finanzausgleiche 420 ff., 569 ff.
- Vorgeformte und gesetzlich konstituierte Gruppe 411
- Gruppennützige Verwendung des Beitragsaufkommens 276, 419, 423, 427, 612
- Gruppensolidarität *s. Solidarität*
- Gruppenverantwortung *s. Verantwortungsbeziehung*
- Halbteilungsgrundsatz 344, 517, 563 f.
- Häusliche Krankenpflege (KV) 66, 75, 194, 315, 494, 505 516
- Handwerker in der Sozialversicherung 299, 303, 305, 444, 449, 576, 596, 603
- Hausarbeiter 616 (Fn. 914)

- Hausgewerbetreibende und Heimarbeiter
 – Fremdlastverdächtigkeit ihrer Einbeziehung 77 f.
 – Geschichte ihrer Einbeziehung 616 ff.
 – Modellcharakter ihrer Einbeziehung 237, 258 f. (Fn. 474), 286, 623, 614 ff.
 – Verfassungsrechtliche Rechtfertigung der Beitragserhebung bei ihren Auftraggebern dem Grunde nach 449, 585, 614 ff., 624 ff.
- Haushaltshilfe (KV) 66, 75, 77, 194, 195 (Fn. 279), 494, 505, 516, 647 (Fn. 2)
- Hilfe zur Selbsthilfe 457 ff., 471 f., 497
- Hinterbliebenenrente (RV) 230 f. (Fn. 383), 232 f. (Fn. 386), 233 (Fn. 387), 439, 511, 524, 545 (Fn. 701), 555
- Höherbewertung von Sachbezügen (RV) 63
- Homogenität *s. Gruppenhomogenität*
- Hysteresis-Phänomen 188 (Fn. 250)
- Individualäquivalenz 203
- Innovationsfunktion von Versicherung 197
- Insolvenzgeld 10, 125, 240 (Fn. 401), 593 (Fn. 839)
- Institutionelle Ausgliederung von Fremdlasten 12 f., 39, 646
- Institutionelle Garantie (Bestandsgarantie) für Sozialversicherung 116, 138 (Fn. 102), 246, 253
- Intension (von „Fremdlast“) 44 f., 91 ff.
- Intergenerationale Umverteilung 234 (Fn. 391)
- Intergenerative Umverteilung 234 (Fn. 391)
- Interkorporative Umverteilung 240
- Interorganisatorische Umverteilung 240
- Interpersonale Umverteilung 229
- Interpersonelle Umverteilung 229 ff.
- Intramurale Umverteilung 235 ff.
- Intransparenz des Finanzierungssystems der Sozialversicherung 6 f., 18
- Intratemporale Umverteilung 234 (Fn. 391)
- Iustitia commutativa 558 (Fn. 762)
- Iustitia distributiva 558
- Jahresentgeltgrenzen 16, 265, 418 (Fn. 312), 431, 441, 495, 502, 532 (Fn. 657)
- Jedermann-Risiko 68 f., 75, 195, 647
- Kaiserliche Botschaft (von 1881) 111 f. (Fn. 5), 247 f., 303
- Kapitaldeckungsverfahren 204 f., 206, 357, 544
- Kapitalrendite (RV) 532 ff., 543 f.
- Katholische Soziallehre 461 ff.
- Kindererziehungszeiten (RV) 6 (Fn. 13), 58, 63, 76, 89, 233, 440, 545 (Fn. 701), 652 (Fn. 8)
- Kindergeld
 – Duales System 494 (Fn. 524)
 – Durchführung der Zahlung 84 (Fn. 8), 90
 – Eigentumsschutz (fehlender) 524
 – Kindergeldgesetze 122, 300 (Fn. 593), 608 f.
- Kindergeld-Urteil (BVerfGE 11, 105)
 – Entscheidung über Versicherungsnatur der Sozialversicherung 212 ff.
 – Grundlagenbedeutung des Urteils 155 ff., 302
 – Herkunft der dortigen „Versicherungs“-Definition 181 ff.
 – Methodologische Vorgehensweise des Gerichts 171 ff.
 – Primäre Typusmerkmale für „Sozialversicherung“ 168 ff., 180 ff.
 – Sekundäre Typusmerkmale für „Sozialversicherung“ 170 f., 301 ff.
- Kinderlosigkeit als typisierter Ausnahmefall 439 f.
- Klagebefugnis gegen die Verwendung von Sozialversicherungsbeiträgen 681 ff.
 – Allgemeine grundrechtsgestützte Klagebefugnis 681 ff.
 – Besondere Klagebefugnis der Mitglieder des Sozialversicherungsträgers *s. Mitgliederklage*
 – Besondere Klagebefugnis der Arbeitgeber von Sozialversicherten und sonstiger Beteiligter *s. Mitgliederklage*
 – Fehlende Befugnis der Sozialversicherungsträger 656 ff.
- Klassenbegriff 162
- Klassischer (sozialversicherungsrechtlicher) Bedarf 169, 192 ff.
- Klassisches Bild des Arbeitgebers 627
- Klassische Sozialversicherung und ihre Merkmale 25, 113, 116, 158, 159, 161, 165, 167, 192 f., 219, 225, 239, 254, 291, 317, 445, 644, 647
- Klassisch sozialversicherte Personenkreise 438 ff., 445 ff.
- Knappschaftliche Versicherung
 – Finanzierung/Bundeszuschüsse 5 f., 236, 242, 298 f., 308, 635 (Fn. 970), 639, 641
 – Homogenität der Versicherten 420, 422, 443 (Fn. 370), 444 (Fn. 371)

- Vertretungsverhältnisse in der sozialen Selbstverwaltung 255 (Fn. 462), 297 (Fn. 582)
- Körperschaftliche Organisation der Sozialversicherungsträger 244 ff.
- Körperschaftsbegriff des Art. 87 Abs. 2 GG 245 f.
- Kollektive Äquivalenz 202
- Kompetenzen *s. Gesetzgebungskompetenzen*
- Konfiskation 337, 340
- Konfusionsargument 658
- Konnotationen bei „Fremdlast“ 37 ff.
- Kontinuitätsverpflichtung des Gesetzgebers 538 f.
- Korporativer Beitrag 281
- Kostenäquivalenz 278
- Kostenerstattungen des Staates
 - Adressat des § 30 Abs. 2 SGB IV 85 ff.
 - Ausdrückliche Kostenerstattungsregelungen 89 f.
 - Fallkonstellationen bei § 30 SGB IV 96 f.
 - Fremde Aufgaben 84 ff.
 - Mißbrauchsmöglichkeit des Gesetzgebers bei der Aufgabenzuweisung 93 ff.
 - Selbstbindung des Gesetzgebers durch § 30 SGB IV 88, 89, 95, 546, 554, 673
 - Systemwidrigkeit bei § 30 SGB IV 96
 - Unterscheidung eigener und fremder Aufgaben 83
 - Wegfall des Lastcharakters trägerfremder Aufgaben 91 f., 645
- Kostenerstattungsprinzip 505 f.
- Kostenerstattungsregelungen (ausdrückliche) 89 f.
- Krankengeld (KV) 16 (Fn. 43) 206, 297, 513, 524, 525, 552, 645
- Krankengeld bei Erkrankung eines Kindes (KV) 66, 75, 194, 195 (Fn. 279), 494, 516, 524, 525, 647 (Fn. 2)
- Krankenhaus-Notopfer (KV) 67
- Krankenversicherung
 - Empfängnisverhütung 66, 75, 77, 194, 494, 505, 514, 647 (Fn. 2)
 - Familienmitversicherung, beitragsfreie 5, 66, 68, 73, 99, 230 f., 240, 358, 439 f., 450, 511, 645, 690
 - Fahrkosten zum Arzt 66, 75, 297, 352, 505, 515
 - Frühbehinderte und Behinderte *s. Behinderte*
 - Geringfügig Beschäftigte, Einbeziehung 11, 73, 180, 349, 417, 447, 606
 - Häusliche Krankenpflege 66, 75, 194, 315, 494, 505 516
 - Haushaltshilfe 66, 75, 77, 194, 195 (Fn. 279), 494, 505, 516, 647 (Fn. 2)
 - Krankengeld 16 (Fn. 43) 206, 297, 513, 524, 525, 552, 645
 - Krankengeld bei Erkrankung eines Kindes 66, 75, 194, 195 (Fn. 279), 494, 516, 524, 525, 647 (Fn. 2)
 - Krankenhaus-Notopfer 67
 - Künstliche Befruchtung 66, 77, 494, 652 (Fn. 7)
 - Praktikanten, Einbeziehung 177, 417, 448, 451, 596, 651 (Fn. 6)
 - Rehabilitanden, Einbeziehung 67
 - Risikostrukturausgleich 67, 77, 241 f., 420 ff., 569 ff.
 - Schwangerschaft, Abbruch, Leistungen bei 49 f., 56, 66, 77, 122, 494, 652 (Fn. 7), 662, 664, 680, 688
 - Schwangerschaft, Mutterschaft, Leistungen bei 66, 77, 193 f., 195 (Fn. 279), 494, 509, 567 (Fn. 778), 647 (Fn. 2)
 - Selbstbeteiligungsregelungen/Zuzahlungen 297, 455 (Fn. 404), 505, 514 f., 534 f., 538
 - Selbsttragung von Ausgaben durch Versicherte 505, 514 f.
 - Sterbegeld 66, 75, 494
 - Studenten und Schüler, Einbeziehung 46, 67, 73, 177 f., 417, 448, 596
 - Wettbewerb der Krankenkassen 674
- Kriegsfolge- und Wiedergutmachungslasten (RV, UV) 52, 58, 62 f., 69, 76, 89, 217 (Fn. 351), 310 (Fn. 635), 314, 386, 638 f., 652
- Kriegsopferversorgung, Gesetzgebungskompetenz 103, 124, 151, 176, 256
- Künstlersozialversicherung
 - Bundeszuschüsse 5, 621
 - Diskussion um Einrichtung 65, 67, 68, 73, 178
 - Entstehungsgeschichte des KSVG 178 f.
 - Künstlersozialabgabe 250 (Fn. 444), 259 f., 348 f., 426, 585, 620 f.
 - Künstlersozialkasse 621
 - Künstlersozialversicherungs-Beschluß (BVerfG 75, 108) 178 f., 259 f., 261, 269, 272, 294 f., 348 f., 411, 425 ff., 624 ff.
 - Trennung der kompetenz- und der materiell-rechtlichen Fragen 282 ff.

- Verantwortlichkeit in einem auf Dauer ausgerichteten integrierten Arbeitszusammenhang 624 ff.
- Vermarkter als Quasi-Arbeitgeber 77, 127, 140 (Fn. 105), 170 (Fn. 193), 237, 259, 620 f.
- Künstliche Befruchtung (KV) 66, 77, 494, 652 (Fn. 7)
- Kurzarbeitergeld 5 (Fn. 8), 230 f. (Fn. 383), 523

- Landwirte, Sozialversicherung 305
- Beitragstragungspflicht 299, 305, 620
- Bundeszuschüsse 5, 236, 308, 641
- Finanzausgleiche 65, 77, 242
- Gruppenhomogenität, externe 305 (Fn. 615), 416 f., 444
- Gruppenhomogenität, interne 415 f.
- Selbstverwaltung 255 (Fn. 462), 297 f. (Fn. 582)
- Urteil zur Pflichtversicherung (BVerfGE 44, 70) 429 ff., 432 f.
- Lastengerechtigkeit/Lastengleichheit aller Bürger 15 (Fn. 41), 18, 263, 267, 307, 360, 369, 411 (Fn. 299), 436, 545 (Fn. 699), 564 f., 637
- Lastengerechtigkeit zwischen den Generationen 509, 539, 540 ff.
- Lebensrisiko *s. Risikobegriff*
- Leistungsstandardsicherung 495 (Fn. 526), 532
- Legitime öffentliche Aufgabe als Rechtfertigungskriterium 127, 129, 329, 684, 689 f., 692, 695 f., 700, 701 f.
- Leistungsfähigkeit als Prinzip der Lastenerhebung 15, 278, 363 ff., 494
- Leistungslohn 586
- Leistungsspektrum (Sach-, Dienst- und Geldleistungen) als Typusmerkmal von „Sozialversicherung“ 171, 315 f.
- Liquiditätsfunktion von Versicherung 197
- Lohnersatzfunktion von Versicherung 365, 495, 513, 555, 601, 644 f.
- Lohnnebenkosten 9 f., 586
- Lohnstückkosten 9

- Maschinensteuer 605, 626 (Fn. 955)
- Materiell-rechtlicher Gehalt des Art. 74 Abs. 1 Nr.12 GG
- Allgemeine Diskussion zu materiell-rechtlichen Gehalten von Kompetenznormen 130 ff.
- AOK-Kassenbezirksentscheidung (BVerfGE 39, 302) 136 ff.
- Arbeitsvermittlungsmonopol (BVerfGE 21, 245) 140
- Beitragssatzentscheidung (BVerfGE 89, 385) 137 ff.
- Dogmatisches Bedürfnis 127 ff.
- Einschränkungseignung der Kompetenznorm gegenüber Grundrechten 144 f.
- Einschränkungseignung der Kompetenznorm gegenüber vorbehaltlosen Grundrechten 145 f.
- Einschränkungswirkung bei sozialversicherungsrechtlichen Minimum-Normen 145 f.
- Einschränkungswirkung außerhalb von sozialversicherungsrechtlichen Minimum-Normen 146 f.
- Finanzmonopole (BVerfGE 14, 105) 133 f.
- Gebäudeversicherungsmonopol (BVerfGE 41, 205) 140 f.
- Kollisionsfälle sozialversicherungsrechtlicher Normen mit Grundrechten, Bewältigung 141 ff.
- Menschenbild des Grundgesetzes 457 f., 564
- Mitglieder (des Sozialversicherungsträgers) 98 f., 699 f.
- Mitgliederklage der Arbeitgeber von Sozialversicherten und sonstiger Beteiligter 699 ff.
- Mitgliederklage der Mitglieder von Sozialversicherungsträgern
- Anwendungsfelder der Mitgliederklage im Wirtschaftsverwaltungsrecht 683 ff.
- Klagebefugnis gegen die zwangsweise Einbeziehung in Sozialversicherungsträger 684
- Klagebefugnis bei Überschreitung des gesetzlich zugewiesenen Aufgabenkreises 684 ff.
- Klagebefugnis im Fall der Wahrnehmung zugewiesener, aber verfassungswidriger Aufgaben 694 ff.
- Übertragbarkeit auf Mitglieder von Sozialversicherungsträgern 689 ff.
- Übertragbarkeit auf Arbeitgeber und sonstige Beteiligte 699 ff.
- Mobilitätshilfen (AV) 71, 74, 237, 648 (Fn. 3)

- Nachrichtigung von Beiträgen (RV) 51
(Fn. 72), 63, 233 f.
- Nachhaltigkeitsprinzip (Sustainable Development) 541
- Negative Vereinigungsfreiheit 326 ff., 683
- Neue Formel bei Art. 3 Abs. 1 GG 335
- Neue Subsidiarität 471, 497 f.
- „Nicht funktionsgerechte Leistungen“ (Ausdruck) 37, 92
- „Nicht risikospezifische Leistungen“ (Ausdruck) 37, 92
- „Nicht versicherungsadäquate Leistungen“ (Ausdruck) 37, 92
- „Nicht versicherungskonforme Leistungen“ (Ausdruck) 37, 92
- Nominaldefinitionen (von Fremdlast) 36 ff.
- Normenkontrollverfahren gegen fremdlastenübertragende Gesetze 663, 666, 670 f., 696
- Nutzenäquivalenz 278
- Obsorgepflicht des Quasi-Arbeitgebers
- Abgrenzung zur Fürsorgepflicht 621 f.
 - Grenzen der Rechtfertigungsfähigkeit von Beitragslasten durch Obsorgepflicht 622 ff.
 - Rechtliche Herleitung und Fundierung 627 ff.
 - Verantwortlichkeit in einem auf Dauer ausgerichteten integrierten Arbeitszusammenhang 624 ff.
 - Verbindung zur Grundpflichtendiskussion 629 ff.
- Organisationsform als Typusmerkmal von „Sozialversicherung“ 170, 243 ff.
- Körperschaftliche oder anstaltliche Organisation der Träger 244 ff.
 - Selbstverwaltung, soziale *s. dort*
- Parafiski 263 (Fn. 483), 266
- Paritätische Lastentragung als Typusmerkmal von „Sozialversicherung“? 296 ff.
- Partizipationsprinzip 254 f.
- Personalzusatzkosten 9
- Personelle Grenzen bei der Aufgabenübertragung an den Träger 438 ff.
- Personenversicherungen 192
- Pflegeversicherung
- Demographische Probleme 536 f.
 - Entstehungsgeschichte 179
 - Erziehungsurlaub, beitragsfreie Versicherung 68
 - Familienmitversicherung *s. dort*
 - Finanzausgleich zwischen Pflegekassen 68, 77, 242, 420 f.
 - Frühbehinderte *s. Behinderte*
 - Personengruppen mit nicht versicherungsgerechten Beiträgen, Einbeziehung 68
 - Pflegebedürftigkeitsrisiko *s. Risikobegriff*
 - Private Pflegeversicherung 100 (Fn. 50), 122, 198, 242
 - Rehabilitanden, Einbeziehung 71, 315 f., 445 f., 619 f.
 - Verfassungsmäßigkeit der Pflegeversicherung 67 (Fn. 131), 179 f.
- Pflichtaufgaben der Träger 83
- Pflichtmitgliedschaft in einem Sozialversicherungsträger
- Art. 9 GG oder Art. 2 Abs. 1 GG als Prüfungsmaßstab 326 ff.
 - Eingriffscharakter des Organisationsakts „Pflichtmitgliedschaft“ 324 ff.
 - Erforderlichkeit aus der Subsidiaritätsperspektive 500 f.
 - Intensitätsabstufungen aus der Subsidiaritätsperspektive 500 f.
 - Legitime öffentliche Aufgabe als Rechtfertigungskriterium 127, 129, 327 ff., 684, 689 f., 692, 695, 700, 701 f.
 - Klagemöglichkeiten gegen Pflichtmitgliedschaft 683 ff.
 - Typusmerkmal von „Sozialversicherung“ 171, 306 ff.
- Pflichtversicherungsgrenze *s. Beitragsbemessungsgrenze*
- Phänomenbereiche von Fremdlasten 72 ff.
- Plangewährleistungsanspruch (Vertrauensschutz) 539
- Planmäßigkeit (Merkmal von „Versicherung“) 185 f., 210
- Plansicherungstheorie (P. Braeß) 197
- Polypersonalität (Merkmal von „Versicherung“) 184 f., 210, 239 f., 648
- Prämienäquivalenz 208
- Prämiengestaltung in der Privatversicherung 199 f.
- Prävention vor Kompensation (Leitgedanke) 503
- Praktikanten, Einbeziehung (KV) 177, 417, 448, 451, 596, 651 (Fn. 6)
- Primäre Typusmerkmale von Sozialversicherung 168 ff., 180 ff.
- Prinzip der gerechten Prämie 200, 203 f., 208

- Prinzipien im Recht
- Differenzierung von Regeln und Prinzipien 476 f.
 - Prinzipien als Optimierungsgebote 478
 - Prinzipien als Argumentationslastregeln 479
 - Prinzipien als Teil des „inneren Systems“ des Rechts 479
- Privatrechtliches Versicherungswesen, Gesetzgebungskompetenz 102, 122 (Fn. 38), 151, 176, 219, 244
- Prognose/Prognosespielraum des Gesetzgebers 418, 447, 453, 528, 540, 557, 563
- Quadragesimo Anno, Enzyklika 467
- Rangstelle (RV) 16 ff., 207 f., 357 (Fn. 142), 523, 532 f., 535, 542, 592
- Realdefinition (eigene) von Fremdlast 92, 98, 104, 572, 642 f.
- Rechtsanspruch auf Versicherungsleistung (Merkmal von „Versicherung“) 191, 210
- Rechtsprechung zu Fremdlasten
- Bundessozialgericht 52 ff., 661 ff., 667 ff.
 - Bundesverfassungsgericht 46 ff., 656 ff., 661 ff.
- Rechtsschutzmöglichkeiten der Mitglieder bzw. Beitragspflichtigen gegen Fremdlasten
- Rechtsschutz auf der Leistungsseite 661 ff.
 - Rechtsschutz auf der Beitragsseite 667 ff.
- Rechtsschutzmöglichkeiten (fehlende) des Sozialversicherungsträgers gegen Fremdlasten 656 ff.
- Rechtsschutzversicherung, obligatorische 194
- Rehabilitation vor Rente (Leitgedanke) 504
- Rehabilitanden, Einbeziehung 71, 315 f., 445 f., 619 f.
- Reichsversicherung 114
- Reichszuschuß *s. Bundeszuschüsse*
- Reintegration vor Kompensation (Leitgedanke) 504
- Rendite der Beiträge (RV) 532 ff., 543 f. *s. auch Eigenfinanzierungsquote*
- Rente nach Mindesteinkommen (RV) 63, 233
- Rentenversicherung/Rentenversicherungsrecht
- Altersrenten vor dem 65. Lebensjahr 58, 64, 77, 232
 - Anrechnungszeiten 49, 58, 63, 76 f., 233, 522, 555, 652 (Fn. 8)
 - Arbeitsmarktbedingte Rentenleistungen 64, 74, 77, 238
 - Bestandschutzleistungen für DDR-Renten 63
 - DDR-Invalidenrenten 89
 - Demographische Probleme 536 f.
 - Entgeltpunkte 17 f., 63, 206, 233 f.
 - Ersatzzeiten 58, 62, 77, 233, 522, 555
 - Familienlastenausgleich/Familienleistungsausgleich 63, 365 f., 440, 450
 - Finanzausgleiche 65, 77, 242, 420 f.
 - Fremdlasten 62 ff.
 - Gesamtleistungsbewertung 18
 - Hinterbliebenenrente 230 f. (Fn. 383), 232 f. (Fn. 386), 233 (Fn. 387), 439, 511, 524, 545 (Fn. 701), 555
 - Höherbewertung von Sachbezügen 63
 - Kindererziehungszeiten 6 (Fn. 13), 58, 63, 76, 89, 233, 440, 545 (Fn. 701), 652 (Fn. 8)
 - Kranken- und Pflegeversicherungszuschüsse 65
 - Kriegsfolge- und Wiedergutmachungslasten 52, 58, 62 f., 69, 76, 89, 217 (Fn. 351), 310 (Fn. 635), 314, 386, 638 f., 652
 - Nachentrichtung von Beiträgen 51 (Fn. 72), 63, 233 f.
 - Rangstelle 16 ff., 207 f., 357 (Fn. 142), 523, 532 f., 535, 542, 592
 - Rente nach Mindesteinkommen 63, 233
 - Wartezeit 206 (Fn. 314), 523, 529 ff., 520 (Fn. 590)
 - Wiedervereinigungslasten 22, 500, 652, 672
 - Zurechnungszeiten 63, 76, 522, 555
 - Zusatz- und Sonderversorgungssysteme der DDR (RV) 63, 90, 233, 524, 533 f. (Fn. 662)
- Risikobegriff der Sozialversicherung 68 f., 75, 195 (mit Fn. 279), 331, 453, 602, 635, 647 f.
- „Risikospezifische Leistungen“ (Ausdruck) 37, 92
- Risikostrukturausgleich (KV) 67, 77, 241 f., 420 ff., 569 ff.
- Risk-pooling 190
- Rückwirkungsverbot 531
- Sachbezüge, Höherbewertung (RV) 63

- Sachleistungsgrundsatz 315, 358 (Fn. 143), 503, 505, 538, 554 (Fn. 751)
- Sachorientierter Anknüpfungspunkt für das „Beteiligen“ an der Sozialversicherung 170 (Fn. 193), 261, 291 ff., 294, 427, 576, 578, 607, 613, 649 f. (Fn. 5)
- Sachversicherungen 192
- Schadensersatztheorie 196
- Schätzbarkeit des Risikos (Merkmal von „Versicherung“) 187 ff., 210
- Schüler und Studenten, Einbeziehung (KV) 46, 67, 73, 177 f., 417, 448, 596
- Schutzbedürftigkeit, soziale 73, 265, 302 ff., 330 ff., 355, 360, 410, 414 ff., 432 f., 441, 451, 596, 619
- Schwangerschaft, Abbruch, Leistungen (KV) 49 f., 56, 66, 77, 122, 494, 652 (Fn. 7), 662 f., 664, 680, 688
- Schwangerschaft, Mutterschaft, Leistungen (KV) 66, 75, 77, 193 f., 195 (Fn. 279), 494, 509, 567 (Fn. 778), 647 (Fn. 2)
- Sekundäre Typusmerkmale von Sozialversicherung 170 f., 301 ff.
- Selbständige, Einbeziehung 258 f., 303 f., 415, 441, 444 f., 449, 451, 566 f., 576, 596
- Selbständigkeit (Merkmal von „Versicherung“) 191, 210
- Selbstbeteiligungsregelungen/Zuzahlungen (KV) 297, 455 (Fn. 404), 505, 514 f., 534 f., 538
- Selbstbindung des Gesetzgebers (§ 30 SGB IV, Systemgerechtigkeit) 88, 89, 95, 546, 554, 673
- Selbsthilfe, Selbsthilfefähigkeit, Hilfe zur Selbsthilfe 404, 442, 458, 460 f., 471 f., 484 f., 497, 505, 514 ff., 581, 603, 618 f.
- Selbsthilfegruppen 459, 484, 485, 495 (Fn. 528), 498
- Selbsttragung von Ausgaben durch Versicherte (KV) 505, 514 f.
- Selbstverantwortungsprimat 2, 332, 457 ff., 481, 493 ff., 505, 564
- Selbstverwaltung, politische 251
- Selbstverwaltung, rechtliche 251 f.
- Selbstverwaltung, soziale 246 ff.
- Abschaffung durch Gesetzgeber, Folgen 253 f.
 - Beteiligung der Arbeitgeber 255 f., 297, 591
 - Bestandsschutzfrage 136 ff., 246 f.
 - Historische Entwicklung 247 f.
 - Paritätische Selbstverwaltung 255 f.
 - Rechtliche Herleitung 249 f., 506
 - Rechtsetzungsbefugnisse 252, 255
 - Sonderregelungen zur Beteiligung an der Selbstverwaltung 248 (Fn. 429), 250 f. (Fn. 444)
 - Typusmerkmal von „Sozialversicherung“ 170, 246 ff.
- Sicherungsfunktion von Versicherung 197
- Solidarausgleich s. *Sozialer Ausgleich*
- Solidargemeinschaften 377 ff., 386, 404 f.
- Solidarität
- Agendarische Grenzen bei der Aufgabenübertragung an den Träger 452 ff.
 - Axiomatischer Charakter? 377 f.
 - Bedeutung für die individuelle Verfassungsmäßigkeitsprüfung fremdnütziger Beiträge 366 f., 371 ff.
 - Befügung des Zusatzes „-prinzip“ 222
 - Dimensionale Grenzen bei der Aufgabenübertragung an den Träger 508 ff.
 - Dogmatische Funktion 127, 129, 221 ff., 366 ff.
 - Einbettung in Darstellung 105, 389 f.
 - Geltungskraft 373 f., 381 ff., 389 f.
 - Herkunft, Ableitung 374 f., 377 ff.
 - Inhaltsbestimmung 375 f., 384
 - Normative Absicherung 385 ff.
 - Personelle Grenzen bei der Aufgabenübertragung an den Träger 438 ff.
 - Relevanzbereiche 423 ff.
 - Sprachpraxis 221 f.
 - Staatsbürgerliche und unterstaatliche Solidarität 406 ff., 650
- Solidaritätswidrigkeit
- Verweigerung möglicher und zumutbarer Selbsthilfe 514 ff.
 - Verweigerung von Mitwirkung bei der Sachaufklärung 512 f.
 - Reziprozität von Solidarität 510 f.
 - Vorsätzliche Herbeiführung des Versicherungsfalles 512 f.
- Sonderabgaben
- Kompetenz für allgemeine Sonderabgaben 120 f.
 - Rechtliche Anerkennung 273 ff.
 - Sozialversicherungsrechtliche Sonderabgaben s. *Gesetzgebungskompetenz für sozialversicherungsrechtliche Sonderabgaben*
 - Verbindung zum Solidaritätsgedanken 405
 - Verhältnis von Sonderabgaben zu Sozialversicherungsbeiträgen 426 ff.

- Zulässigkeitsvoraussetzungen 275 ff., 288 f.
- Sonderlast, Sozialversicherungsabgaben als Sonderlasten 264 ff., 267
- Sonstige Beteiligte *s. Beteiligte*
- Soziale Netze, primäre/sekundäre 480, 481, 484, 494, 495 ff.
- Sozialer Ausgleich
 - Agendarische Grenzen 452 ff.
 - Dimensionale Grenzen 508 ff.
 - Intergenerationelle Umverteilung 234 f.
 - Interpersonelle Umverteilung 229 ff.
 - Personelle Grenzen 438 ff.
 - Terminologie 221 f., 224 f.
 - Typusmerkmal für „Sozialversicherung“ 169 f., 219 ff.
 - Vereinbarkeit mit EU-Wettbewerbsrecht 219 f.
 - Verfassungsrechtliche Rechtfertigung (generell) 366 f., 368 ff.
 - Verfassungsrechtliche Rechtfertigung (individuell) 367, 371 ff.
 - Voraussetzungen im einzelnen 409 ff.
- Soziale Schutzbedürftigkeit *s. Schutzbedürftigkeit*
- Sozialhilfe
 - Eigentumsschutz (fehlender) 524
 - Krankenhilfe und Hilfe zur Pflege 231, 308 (Fn. 627), 449, 511 f. (Fn. 556)
 - Nachrangigkeit 458, 494
 - Verhältnis zu sozialversicherungsrechtlichen Leistungen 217 (Fn. 351), 296 (Fn. 580), 414, 439, 442, 447, 533, 602
- Soziallohn 586
- Sozialpolitische Dimension der Fremdlastenproblematik 14 ff.
 - Lastengleichheitsverstoß 15 f.
 - Umverteilung von oben nach unten 14 ff.
 - Verschlechterung der Beitrag-Leistungs-Propportionalität 16 ff.
- Sozialstaatsprinzip
 - Ausfluß des Solidaritätsgedankens 388 f.
 - Einbettung in Darstellung 105 f., 389
 - Emanationen von Sozialstaatlichkeit 392 f.
 - Rechtsstaatliche Grenzen der Sozialstaatlichkeit 397 ff.
 - Sozialstaatlichkeit als Eingriffstitel 394 ff.
 - Sozialstaatlichkeit als Gestaltungsauftrag 391 ff.
- Staatliche Konstituierung und Förderung unterstaatlicher Solidargemeinschaften 404 ff.
- Staatliche Umverteilung von Einkommen und Vermögen 403 ff.
- Staatliche Verhaltensgebote 401 ff.
- Sozialversichertenbeitrag
 - Abgrenzung zu finanzrechtlichen Beiträgen 278 ff.
 - Abgrenzung zu Gebühren 280
 - Abgrenzung zu Sonderabgaben 426 ff.
 - Abgrenzung zu Steuern 264 ff.
 - Abgrenzung zu Verbandslasten 281 f.
 - „Beitrag“ (Begriff) 257 f.
 - Bundesstaatliche und grundrechtliche Betrachtung 287 ff., 292 ff.
 - Ertragshoheit des Trägers 126, 257, 261, 289, 290, 294, 296, 320, 576, 649
 - Finanzverfassungsrechtliche Kompetenzen und Sozialversicherungsbeitrag 263 ff.
 - Formell-zuweisende und formellsachliche Kompetenz 117 ff., 258 ff.
 - Freiheitsrechtlicher Rechtfertigungsbedarf dem Grunde und der Höhe nach 337 ff., 558 ff.
 - Gleichheitsrechtlicher Rechtfertigungsbedarf dem Grunde und der Höhe nach 333 ff.
 - Kreis der Beitragspflichtigen, kompetenzrechtlich-rechtliche Betrachtung 257 ff., 290 ff.
 - Rechtsnatur des Beitrags 268 ff., 277 ff.
 - Sachorientierter Anknüpfungspunkt für das „Beteiligen“ an der Sozialversicherung 170 (Fn. 193), 261, 291 ff., 294, 427, 576, 578, 607, 613, 649 f. (Fn. 5)
 - Trennungskonzept und Einheitskonzept bei der Prüfung 290 ff., 292 ff.
 - Zweckbindung des Beitragsaufkommens 126, 256 f., 288 ff., 295 f., 320, 356 (Fn. 139), 520, 576, 649 (Fn. 5)
- Sozialversicherungsabgaben, fremdnützige 262
- Sozialversicherungsbeitrag *s. Sozialversichertenbeitrag, Arbeitgeberbeitrag oder Beteiligtenbeitrag*
- Sozialversicherungskompetenz *s. Gesetzgebungskompetenz für Sozialversicherung*
- Sozialversicherungsträger
 - Auftragsangelegenheiten 38 (Fn. 32), 84

- Eigener Wirkungskreis 82 ff.
- Eigene und fremde Aufgaben 83 ff.
- Mitglieder/ beitragspflichtige Versicherte 98 f.
- Organisationsform *s. dort*
- Pflichtaufgaben 83, 85
- Überregionale Träger 102
- Zugelassene Aufgaben 83
- Sparbuchfunktion von Versicherung 229
- Spezielle (= risikogerechte) Prämie 202 f.
- Sprachförderung (AV) 71, 74, 90, 238
- Staatsaufgaben, sozialstaatliche 401 ff.
- Staatsdistanzprinzip 254
- Stammversicherter 99 (Fn. 46), 690
- Sterbegeld (KV) 66, 75, 494
- Steuer vs. Abgabe 263 ff.
- Steuerstaat/Prinzip des Steuerstaates 266 ff., 278 f., 285 ff., 295, 366, 369, 406, 409, 438, 451, 520
- Strafgefangene, Einbeziehung 386 f. (Fn. 210), 449, 451, 620
- Strukturtypus „Sozialversicherung“ *s. Typus*
- Studenten und Schüler, Einbeziehung 46, 67, 73, 177 f., 417, 448, 596
- Studentenschaft
 - Zulässigkeit der Mitgliederklage 684 f., 688 (Fn. 33)
- Verallgemeinerungsfähigkeit dieser Klagemöglichkeit 686, 690
- Subsidiarität der Feststellungsklage 668 f.
- Subsidiaritätsprinzip
 - Beurteilung der Verfassungsrechtsqualität (bis 1992) 465 ff.
 - Beurteilung der Verfassungsrechtsqualität (seit 1992) 471 ff.
 - Direktivkraft als objektivrechtliches Verfassungsprinzip 487 ff., 506 f.
 - Diskussion in der Literatur 466 ff.
 - Einbettung in vorliegende Darstellung 105, 454 (Fn. 402)
 - Einfachgesetzliche Subsidiaritätsanordnungen 456 f.
 - Grundgesetzliche Subsidiaritätsanordnungen 467 f.
 - Ineinandergreifen von Subsidiarität und Solidarität 460 f., 464
 - Inhalt der Bindung des Gesetzgebers 475 ff.
 - Institutionelle und materielle Subsidiarität 482 f.
 - Menschenbild des Grundgesetzes 457 f., 564
 - Maßstäbe für Anwendung (Größe, Über-, Unterordnung, Personennähe) 484 ff.
 - Negative und positive Subsidiarität 480 ff.
 - Regelung in Art. 5 Satz 2 EG 472 ff.
 - Selbsthilfe, Selbsthilfefähigkeit, Hilfe zur Selbsthilfe 404, 442, 458, 460 f., 471 f., 484 f., 497, 505, 514 ff., 581, 603, 618 f.
 - Selbstverantwortungsprimat 2, 332, 457 ff., 481, 493 ff., 505, 564
 - Statische und dynamische Subsidiarität 483
 - Verständnis der evangelischen Sozialethik 463 (Fn. 433)
 - Verständnis der katholischen Soziallehre 461 ff.
 - Wesentliche Aussagen 491 ff.
 - Wirkungsdimensionen 479 ff.
- Substitutive Krankenversicherung 199 f. (mit Fn. 296)
- Sustainable Development 541
- Systemgerechtigkeit
 - Bedeutung für Beitrag-Leistungs-Verhältnis in der Sozialversicherung 549 ff.
 - Funktion in der Gleichheitsdogmatik 545 f.
 - Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zu *s. 550 ff.*
 - Relative Proportionalitätsbindung 554 f.
- Tauschgerechtigkeit 558 (Fn. 762)
- Teilhabequivalenz 208
- Teilzeitbeschäftigte, Einbeziehung 64, 446 (Fn. 380), 447
- Theorie der Gerechtigkeit (J. Rawls) 381 f., 510 (Fn. 552)
- Traditionsargument 111 f., 128, 140 (Fn. 110), 258, 582, 644 f.
- Trainingsmaßnahmen (AV) 71, 74, 238, 648 (Fn. 3)
- Transfer-Enquete-Kommission 4
- Transferleistungen 9 f. (Fn. 24), 167, 265, 421, 494 (Fn. 523), 533
- Transfersystem, duales 494 Fn. 523
- Typisierung 265, 304 f., 436, 441, 450, 493, 606 f.
- Typuskonzeption von „Sozialversicherung“
 - Lehre vom Typus 159 ff.
 - Identität von Typus- und Gattungsbegriff 171 ff.

- Normativer/rechtlicher Strukturtypus 111 ff., 158 f., 223 f.
- Primäre Typusmerkmale 168 ff., 180 ff.
- (Relativer) Gattungstypus 174
- Sekundäre Typusmerkmale 170 f., 301 ff.
- Verfremdung, Folgen einer Abkehr vom Typus „Sozialversicherung“ 253 f., 300 f., 317 f.
- Überforderungsgedanke als Teilaspekt von Subsidiarität 498 f.
- Umlageverfahren 17, 206 f., 357 f., 535
- Umverteilung durch Sozialversicherungsrecht 225 ff.
 - Extramurale korporative Umverteilungen 240 ff., 420 ff., 425, 569 ff.
 - Extramurale personelle Umverteilungen 237 ff., 419 f., 425
 - Intergenerationelle Umverteilungen 234 f., 424
 - Interpersonelle Umverteilungen 229 ff., 424
 - Intertemporale Umschichtung 228 f., 424
 - Intramurale Umverteilungen 235 ff.
 - Qualität des Datenmaterials 226 ff.
 - Versicherungsimmanenter Risikoausgleich 228, 424
- Unfallversicherung
 - Beschäftigtenähnliche Tätigkeiten, Einbeziehung 69
 - Finanzausgleich/Lastenausgleichsverfahren 69, 77, 241
 - Fremdrehtengesetz 69, 74, 76, 580, 648 (Fn. 3)
 - Kriegsfolge- und Wiedergutmachungslasten 52, 69, 76, 314, 652
 - Unechte Unfallversicherung 580 (Fn. 805)
 - Unfallrenten nach § 54 BVG 52 f.
 - Wegeunfälle 69, 75, 580
- Ungewißheit der Risikoverwirklichung (Merkmal von „Versicherung“) 186, 210
- Ungleichbehandlung s. *Gleichheitsrechtliche Fragen*
- Unterhaltersatzfunktion 554 (Fn. 751), 555, 556
- Unterlassungsklage (§ 54 Abs. 5 SGG) 661 ff., 676 f., 701 ff.
- Unternehmenstheorie (C. Vivante) 185
- Verantwortungsbeziehung zwischen fremdnützigen Beitragszahlern und Begünstigten
 - Erfordernis eines besonderen Beziehungs-niveaus 408, 409 f.
 - Erfordernis gegenseitiger innerer Verbundenheit 412 f.
 - Gruppe-Aufgabe-Bezug 418 ff., 452 ff.
 - Gruppe-Person-Bezug 418 ff., 438 ff.
 - Solidaritätskreise 406 f.
 - Verbandskompetenz eines Sozialversicherungsträgers 686 ff.
 - Verbandslasten 281 f., 320, 427
 - Vereinigungsfreiheit s. *Pflichtmitgliedschaft*
 - Vereinigung von Krankenkassen 569
 - Verfassungsbeschwerde gegen Aufgabenzuweisungsgesetz, Zulässigkeit 665 f.
 - Verfassungsparadigmen 387
 - Vermarkter von selbständigen Künstlern und Publizisten s. *Künstlersozialversicherung*
 - Vermögensgestaltungstheorie (W. Schmidt-Rimpler) 196
 - Vermögensversicherungen 193
 - Versichertenbeitrag s. *Sozialversicherertenbeitrag*
 - Versicherung als Typusmerkmal von „Sozialversicherung“
 - Bedarfsdeckungsfunktion von Versicherung 183 f., 191 ff., 239, 555, 648
 - Definition der Literatur 110 (Fn. 4), 185 ff.
 - Definition der Rechtsprechung 109 f., 168 f., 181 f.
 - Definition des Verfassers 212
 - Entgeltlichkeit (Merkmal) 190, 210, 640
 - Gleichartigkeit der Gefahren (Merkmal) 189, 210
 - Herkunft der Definition (BVerfGE 11, 105) 181 ff.
 - Innovationsfunktion von Versicherung 197
 - Liquiditätsfunktion von Versicherung 197
 - Planmäßigkeit (Merkmal) 185 f., 210
 - Polypersonalität (Merkmal) 184 f., 210, 239 f., 648
 - Rechtsanspruch auf Versicherungsleistung (Merkmal) 191, 210
 - Schätzbarkeit des Risikos (Merkmal) 187 ff., 210
 - Selbständigkeit (Merkmal) 191, 210
 - Sicherungsfunktion von Versicherung 197
 - Sparbuchfunktion von Versicherung 229

- Ungewißheit der Risikoverwirklichung (Merkmal) 186, 210
- Volks- und betriebswirtschaftliche Versicherungsfunktionen 197
- Zufälligkeit des Risikoeintritts (Merkmal) 186, 210
- Versicherungsaufsicht 199 (Fn. 296), 200 f., 200 (Fn. 298)
- „Versicherungsfremde Leistungen“ (Ausdruck) 35 f., 37 ff., 92
- „Versicherungs inadäquate Leistungen“ (Ausdruck) 37, 92
- „Versicherungskonforme Leistungen“ (Ausdruck) 37, 92
- Versicherungsnatur der Sozialversicherung 212 ff.
- „Versicherungsprinzip“ (Ausdruck) 208 f.
- Versicherungstechnik 197 ff.
 - Beitrag nach Einkommen 199, 205 f.
 - Gesetzliche Vorgaben 198 f.
 - Globaläquivalenz 201 ff., 562 f., 661
 - Kapitaldeckungsverfahren 204 f., 206, 357, 544
 - Prämie nach Risiko 202 f.
 - Prämiengestaltung 199 f.
 - Umlageverfahren 17, 206 f., 357 f., 535
- Versicherungstheorie (G. Haepel, A. Manes, H. Möller) 212 f.
- Versorgung, Gesetzgebungskompetenz
 - Kriegsopferversorgung 103, 124, 151, 176, 256
 - „Versorgung im Öffentlichen Dienst“ 103, 124, 151, 176, 190, 256
- Versorgungstheorie (E. Jacobi) 214
- Verteilungsgerechtigkeit 558 (Fn. 762)
- Vertragstheorien (Staatstheorie) 381 f.
- Vertrauensschutz beim Zugriff auf sozialversicherungsrechtliche Positionen 525
- Volksversicherung 14, 250 (Fn. 440), 265, 502, 506
- Vorzugslasten 277 ff., 360, 427

- Wahlrechte der Versicherten 420, 503, 569, 571
- Wartezeit (RV) 206 (Fn. 314), 523, 529 ff., 520 (Fn. 590)
- Wechselfälle des Lebens 74, 193, 214 (Fn. 337), 303 f., 329, 330, 388, 393, 405, 415, 435, 493, 629, 638
- Wegeunfälle (UV) 69, 75, 580
- Wehrdienstleistende, Einbeziehung 449, 620
- Wertschöpfung/Wertschöpfungsabgabe 9, 604 (Fn. 875), 605, 626 (Fn. 955), 634
- Wiedereingliederung vor Kompensation (Leitgedanke) 504
- Wiedergutmachungs- und Kriegsfolgelasten (RV, UV) 52, 58, 62 f., 69, 76, 89, 217 (Fn. 351), 310 (Fn. 635), 314, 386, 638 f., 652
- Wiedervereinigungslasten (AV, RV) 22, 500, 652, 672
- Willkür/Willkürformel bei Art. 3 Abs. 1 GG 335 f., 544, 546, 548 f., 671
- Wintergeld 125, 240 (Fn. 401), 593 (Fn. 839)
- „Wir“-Gefühl der Gruppenzugehörigen 379, 412 f.
- Wirtschaftliche Betätigungsfreiheit (Art. 2 Abs. 1 GG)
 - Eingriff durch Beitragserhebung 337 f.
 - Leerlaufenlassen des Grundrechts 339
 - Rechtfertigung der Beitragserhebung 338 f.
- Wirtschaftspolitische Dimension der Fremdstenproblematik 8 ff.
 - Beitragssätze zur Sozialversicherung 10 f.
 - Fiskalische Ausgliederung 12 f., 39, 646
 - Institutionelle Ausgliederung 12, 39, 646
 - Lohnstückkosten 9
 - Standortdebatte 8, 10 f.
- Zivildienstleistende, Einbeziehung 449, 620
- Zufälligkeit des Risikoeintritts (Merkmal von „Versicherung“) 186, 210
- Zugelassene Aufgaben der Träger 83
- Zurechnungszeiten (RV) 63, 76, 522, 555
- Zusatz- und Sonderversorgungssysteme der DDR (RV) 63, 90, 233, 524, 533 f. (Fn. 662)
- Zuschüsse *s. Bundeszuschüsse*
- Zuzahlungen (KV) 297, 455 (Fn. 404), 505, 514 f., 534 f., 538
- Zwangsversicherungscharakter *s. Pflichtmitgliedschaft*
- Zweckbindung der Sozialversicherungsbeiträge 126, 256 f., 288 ff., 295 f., 320, 356 (Fn. 139), 520, 576, 649 (Fn. 5)
- Zwecksteuer 281, 361 (Fn. 146)
- Zweites SED-Unrechtsbereinigungsgesetz (RV) 50, 63, 665
- Zwischenmeister, Einbeziehung 616 (Fn. 913)

Jus Publicum

Beiträge zum Öffentlichen Recht

Alphabetisches Verzeichnis

- Axer, Peter*: Normsetzung der Exekutive in der Sozialversicherung. 2000. *Band 49*.
- Bauer, Hartmut*: Die Bundestreue. 1992. *Band 3*.
- Becker, Joachim*: Transfergerechtigkeit und Verfassung. 2001. *Band 68*.
- Blanke, Hermann-Josef*: Vertrauensschutz im deutschen und europäischen Verwaltungsrecht. 2000. *Band 57*.
- Böhm, Monika*: Der Normmensch. 1996. *Band 16*.
- Bogdandy, Armin von*: Gubernative Rechtsetzung. 2000. *Band 48*.
- Brenner, Michael*: Der Gestaltungsauftrag der Verwaltung in der Europäischen Union. 1996. *Band 14*.
- Britz, Gabriele*: Kulturelle Rechte und Verfassung. 2000. *Band 60*.
- Burgi, Martin*: Funktionale Privatisierung und Verwaltungshilfe. 1999. *Band 37*.
- Butzer, Hermann*: Fremdsten in der Sozialversicherung. 2001. *Band 72*.
- Christian Calliess*: Rechtsstaat und Umweltstaat. 2001. *Band 71*.
- Claasen, Claus Dieter*: Die Europäisierung der Verwaltungsgerichtsbarkeit. 1996. *Band 13*.
- Danwitz, Thomas von*: Verwaltungsrechtliches System und Europäische Integration. 1996. *Band 17*.
- Detterbeck, Steffen*: Streitgegenstand und Entscheidungswirkungen im Öffentlichen Recht. 1995. *Band 11*.
- Di Fabio, Udo*: Risikoentscheidungen im Rechtsstaat. 1994. *Band 8*.
- Enders, Christoph*: Die Menschenwürde in der Verfassungsordnung. 1997. *Band 27*.
- Epping, Volker*: Die Außenwirtschaftsfreiheit. 1998. *Band 32*.
- Felix, Dagmar*: Einheit der Rechtsordnung. 1998. *Band 34*.
- Gellermann, Martin*: Grundrechte im einfachgesetzlichen Gewande. 2000. *Band 61*.
- Gröpl, Christoph*: Haushaltsrecht und Reform. 2001. *Band 67*.
- Gröschner, Rolf*: Das Überwachungsrechtsverhältnis. 1992. *Band 4*.
- Groß, Thomas*: Das Kollegialprinzip in der Verwaltungsorganisation. 1999. *Band 45*.
- Gurlit, Elke*: Verwaltungsvertrag und Gesetz. 2000. *Band 63*.
- Häde, Ulrich*: Finanzausgleich. 1996. *Band 19*.
- Hase, Friedhelm*: Versicherungsprinzip und sozialer Ausgleich. 2000. *Band 64*.
- Heckmann, Dirk*: Geltungskraft und Geltungsverlust von Rechtsnormen. 1997. *Band 28*.
- Hellermann, Johannes*: Örtliche Daseinsvorsorge und gemeindliche Selbstverwaltung. 2000. *Band 54*.
- Hermes, Georg*: Staatliche Infrastrukturverantwortung. 1998. *Band 29*.
- Hösch, Ulrich*: Eigentum und Freiheit. 2000. *Band 56*.
- Holznapel, Bernd*: Rundfunkrecht in Europa. 1996. *Band 18*.
- Horn, Hans-Detlef*: Die grundrechtsunmittelbare Verwaltung. 1999. *Band 42*.
- Huber, Peter-Michael*: Konkurrenzschutz im Verwaltungsrecht. 1991. *Band 1*.
- Ibler, Martin*: Rechtspflegender Rechtsschutz im Verwaltungsrecht. 1999. *Band 43*.
- Jestaedt, Matthias*: Grundrechtsentfaltung im Gesetz. 1999. *Band 50*.

Jus Publicum

- Kadelbach, Stefan*: Allgemeines Verwaltungsrecht unter europäischem Einfluß. 1999. *Band 36*.
- Kämmerer, Jörn Axel*: Privatisierung. 2001. *Band 73*.
- Kahl, Wolfgang*: Die Staatsaufsicht. 2000. *Band 59*.
- Koch, Thorsten*: Der Grundrechtsschutz des Drittbetroffenen. 2000. *Band 62*.
- Korioth, Stefan*: Der Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern. 1997. *Band 23*.
- Kluth, Winfried*: Funktionale Selbstverwaltung. 1997. *Band 26*.
- Kugelmann, Dieter*: Die informatorische Rechtsstellung des Bürgers. 2001. *Band 65*.
- Lehner, Moris*: Einkommensteuerrecht und Sozialhilferecht. 1993. *Band 5*.
- Lorz, Ralph Alexander*: Interorganrespekt im Verfassungsrecht. 2001. *Band 70*.
- Lücke, Jörg*: Vorläufige Staatsakte. 1991. *Band 2*.
- Luthe, Ernst-Wilhelm*: Optimierende Sozialgestaltung. 2001. *Band 69*.
- Manssen, Gerrit*: Privatrechtsgestaltung durch Hoheitsakt. 1994. *Band 9*.
- Masing, Johannes*: Parlamentarische Untersuchungen privater Sachverhalte. 1998. *Band 30*.
- Morgenthaler, Gerd*: Freiheit durch Gesetz. 1999. *Band 40*.
- Morlok, Martin*: Selbstverständnis als Rechtskriterium. 1993. *Band 6*.
- Niedobitek, Matthias*: Das Recht der grenzüberschreitenden Verträge. 2001. *Band 66*.
- Oeter, Stefan*: Integration und Subsidiarität im deutschen Bundesstaatsrecht. 1998. *Band 33*.
- Pauly, Walter*: Der Methodenwandel im deutschen Spätkonstitutionalismus. 1993. *Band 7*.
- Pielow, Johann-Christian*: Grundstrukturen öffentlicher Versorgung. 2001. *Band 58*.
- Publ, Thomas*: Budgetflucht und Haushaltsverfassung. 1996. *Band 15*.
- Reinhardt, Michael*: Konsistente Jurisdiktion. 1997. *Band 24*.
- Rodi, Michael*: Die Subventionsrechtsordnung. 2000. *Band 52*.
- Rossen, Helge*: Vollzug und Verhandlung. 1999. *Band 39*.
- Rozek, Jochen*: Die Unterscheidung von Eigentumsbindung und Enteignung. 1998. *Band 31*.
- Sacksofsky, Ute*: Umweltschutz durch nicht-steuerliche Abgaben. 2000. *Band 53*.
- Šarcevic, Edin*: Das Bundesstaatsprinzip. 2000. *Band 55*.
- Schlette, Volker*: Die Verwaltung als Vertragspartner. 2000. *Band 51*.
- Schmidt-De Caluwe, Reimund*: Der Verwaltungsakt in der Lehre Otto Mayers. 1999. *Band 38*.
- Schulte, Martin*: Schlichtes Verwaltungshandeln. 1995. *Band 12*.
- Sobota, Katharina*: Das Prinzip Rechtsstaat. 1997. *Band 22*.
- Sodan, Helge*: Freie Berufe als Leistungserbringer im Recht der gesetzlichen Krankenversicherung. 1997. *Band 20*.
- Sommermann, Karl-Peter*: Staatsziele und Staatszielbestimmungen. 1997. *Band 25*.
- Trute, Hans-Heinrich*: Die Forschung zwischen grundrechtlicher Freiheit und staatlicher Institutionalisation. 1994. *Band 10*.
- Uerpmann, Robert*: Das öffentliche Interesse. 1999. *Band 47*.
- Wall, Heinrich de*: Die Anwendbarkeit privatrechtlicher Vorschriften im Verwaltungsrecht. 1999. *Band 46*.
- Wolff, Heinrich Amadeus*: Ungeschriebenes Verfassungsrecht unter dem Grundgesetz. 2000. *Band 44*.
- Volkman, Uwe*: Solidarität - Programm und Prinzip der Verfassung. 1998. *Band 35*.
- Voßkuhle, Andreas*: Das Kompensationsprinzip. 1999. *Band 41*.
- Ziekow, Jan*: Über Freizügigkeit und Aufenthalt. 1997. *Band 21*.

*Einen Gesamtkatalog erhalten Sie gerne vom Verlag
Mohr Siebeck, Postfach 2040, D-72010 Tübingen.
Aktuelle Informationen im Internet unter <http://www.mohr.de>*